

## **C. Briefe an Bürgerinnen und Bürger**

**(C9 bis C16)**

**zum Buch**

**"Die Politisierung des Bürgers"**

von Franz Witsch

C09 Kapitel 1 bis 7.....	2
C10 Kapitel 8.....	5
C11 Exkurs zu Kapitel 8.....	15
C12 Kapitel 9 und 10.....	21
C13 Kapitel 11 und 12.....	28
C14 Vorwort und Einleitung.....	43
C14.1 Stellungnahme (Friedhelm Illian, Hessen).....	49
C15 Im Buchhandel: Die Politisierung des Bürgers.....	52
C16 Erste Reaktionen.....	56

## **C9 Kapitel 1 bis 7**

Hamburg, 02.03.2008

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger, lange haben wir nichts von uns hören lassen. Das liegt keineswegs an einem zurückgehenden politischen Engagement, sondern daran, dass wir zeitaufwendige Überlegungen anstellen, um ein politisches Buch zu veröffentlichen, für das ich inhaltlich verantwortlich zeichne. Es liegt im Rohentwurf vor und soll den folgenden Titel erhalten:

**Die Politisierung des Bürgers**  
Beiträge zur Wahrnehmung und Produktion  
sozialer Strukturen

Zu dem geplanten Buch gibt es eine aktuelle **Einführung**, die sich mit dem

### **Begriff der Teilhabe**

beschäftigt, und die wir hiermit im Internet vorab veröffentlichen. Sie möchte dem Leser eine Brille aufzusetzen, durch die er die Texte lesen kann oder, falls er sie schon kennt, neu lesen kann. Sie sind in einzelne Abschnitte (A, B, C, D, E) zusammengefasst, die aufeinander verweisen, aber dennoch unabhängig voneinander gelesen werden können. Entstanden zwischen 2004 und 2007, dokumentieren sie über einen längeren Zeitraum Erfahrungen und Entwicklung des Autors im Kontext seines politischen Engagements innerhalb der WASG und L.PDS.

Die Beiträge weisen unverkennbar theoretischen Gehalt auf, den die vorliegende "Einführung" aus aktueller Sicht und vor dem Hintergrund akzentuiert, dass ihr Autor zusammen mit seinen Texten eine Entwicklung durchgemacht hat, die sich nicht zuletzt in einem sich veränderndem Theorieverständnis, im Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse, niederschlägt, mit denen wir alle jeden Tag aufs Neue gehalten sind umzugehen. Eine solche

Entwicklung kann und will der Autor weder durch die "Einführung" noch durch eine bevorstehende Überarbeitung der Texte verhehlen, die weiterhin innerhalb wie auch außerhalb der WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.) diskutiert werden. Es lässt sich daher denken, dass wir uns über hoffentlich zahlreiche kritische Anregung und Stellungnahmen zu dieser "Einführung" freuen würden.

Das 8. Kapitel, das sich mit Marcel Proust und seiner Recherche ("Auf der Suche nach der verlorenen Zeit") beschäftigt, ist noch in Arbeit. Es soll in wenigen Wochen der "Einführung" hinzugefügt werden. Darüber werden wir in einem gesonderten Bürgerbrief informieren.

Wir möchten mit unserer Arbeit (vor allem die Einführung akzentuiert dies noch einmal ausdrücklich) die WASH als politischen Verein legitimieren. Das geschieht vor allem durch die Entwicklung und Produktion von sozialer Theorie. Alle anderen Parteien legitimieren ihre Existenz auf der (sozialen) Tatsache. Nach unserem Verständnis ist auf dieser Grundlage die Existenz einer politischen Partei nicht mehr zureichend begründbar. Wir wollen unsere Existenz auf dem gründen, was wir (für alle) wollen, unbenommen davon, dass wir von den sozialen Tatsachen nicht unabhängig existieren. Im Gegenteil, das, was wir wollen, kann an der sozialen Wirklichkeit, so wie sie uns tagtäglich ins Auge springt, scheitern und tatsächlich scheitert das, was wir wollen, an den herrschenden sozialen Tatsachen immer wieder. Dennoch gründen wir unsere politische Existenz nicht auf eben dieser tatsächlichen Welt, weil wir sie, so wie sie ist, ablehnen. Hier unterscheiden wir uns exakt von allen anderen politischen Parteien; sie sind ohne zureichende Theorie, weil sie ihre Existenz auf dem gründen, was ist und sich aus ihren (korrupten) Bestandsinteressen heraus damit zufrieden geben.

Hinzu kommt, wir wollen Straßenaufklärung in Form von Flugblättern und Wurfsendungen mit unserer Theorie verknüpfen. Diese wollen wir in Buchform und im Internet, also so umfassend wie möglich, für den Bürger erreichbar machen. Sollten

wir keinen Verlag finden, werden wir den Druck über einen eigenen Verlag zu realisieren suchen. Nur über eine umfassende öffentliche Präsenz (Buchhandel und Internet) kann der Bürger unsere politische Integrität überprüfen. Diese ist allein aus einem Flugblatt heraus nicht abzuleiten. Wir glauben, dass wir nur so das Vertrauen eines zu recht misstrauischen und politikverdrossenen Bürgers gewinnen können, nicht indem wir ihm zeigen, dass wir Forderungen wie Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen, etc. hoch und runter deklinieren können.

Das Buch soll in mindestens zwei Teilen untergliedert werden. Teil 1 wird nur die Abschnitte A, B und C enthalten. Gleichwohl bezieht sich die "Einführung" ebenso auf alle weiteren Abschnitte (D, E) sowie auf die Beiträge zur Entwicklung unseres Gesellschaftskonzepts. Wann wir die nächsten Teile veröffentlichen werden, ist noch nicht absehbar.

Schließlich möchte ich betonen, dass inner- wie außerparteiliche Freundinnen und Freunde mich regelmäßig beim Schreiben der Texte durch ihr Interesse und ihre Bereitschaft, sich immer wieder kritisch einzubringen, unterstützt haben. Hier sei vor allem mein Freund Peter Kubbeit genannt, mit dem ich mich seit über einem Jahr regelmäßig austausche. Er ist durch sein kritisches Engagement maßgeblich auch an dieser Einführung beteiligt gewesen, ganz abgesehen davon, dass er an den Texten auf unserer WASH-Seite maßgeblichen Anteil hat. Und natürlich freuen wir uns über jede kritische Zuschrift gerade von Menschen, die uns nicht persönlich kennen und deshalb einen etwas anderen, einen unbefangeneren Zugang zu den Texten haben.

Herzliche Grüße

Franz Witsch

Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)

## **C10 Kapitel 8**

Hamburg, 09.05.2008

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger,  
das 8. Kapitel der “Einführung: Zum Begriff der Teilhabe” zu  
unserem Projekt

### **Die Politisierung des Bürgers** *Beiträge zur Wahrnehmung und Produktion* *sozialer Strukturen*

hat wieder viel Zeit in Anspruch genommen. Es geht in diesem etwas umfangreicheren Kapitel, seine Überschrift “*Vom Gefühlsimpuls zur Wahrnehmungsstörung*” deutet es an, um die Entwicklung des Begriffs der “Wahrnehmungsstörung”. Wahrnehmungsstörungen sind vor allem in (öffentlichen) politischen Auseinandersetzungen, z.B. in der Talksendung “Anne Will”, zu beobachten, aber weiß Gott nicht nur dort. Sie sind allgegenwärtig. Sie werden von oben nach unten, zum Bürger, durchgereicht und dadurch ganz unvermeidlich zum Bestandteil politischer Bildung an Schulen und Universitäten. Doch kommen sie beim Bürger auch als Stresssymptome an, denn der wahrnehmungsgestört diskutierende Politiker greift mit seinem politischen Handeln, das sich aus einem nicht weniger gestörtem Denken speist, zunehmend existenzbedrohender in das Leben machtloser Bürger ein. Die können buchstäblich nur noch zuschauen, was Politiker so alles anrichten. Und “Die Linke” ist weit davon entfernt, Abhilfe zu schaffen. Die wollen in Parlamenten sitzen und möglichst mitregieren, mehr nicht.

Aufgrund dieser trüben Aussichten findet der Bürger es immer weniger lustig, wenn Politiker in Satiresendungen wie “Scheibenwischer” wie niedliche kleine Haustiere, die man nicht mehr missen möchte, parodiert werden. Der Spaß, er vergeht einem langsam. Politiker gehen dem Bürger zunehmend und überdies immer unverschämter an die Substanz. Zuweilen werden sie – siehe

Roman Herzog: “Rentner plündern junge Bürger aus” – richtig ungeduldig und aggressiv; der Bürger will sich einfach nicht damit abfinden und lernen, ohne zureichende Daseinsvorsorge zu existieren. Und dieses bisschen, was man ihm schließlich gewährt, soll er sich schließlich durch Bedürftigkeitsprüfungen buchstäblich erbetteln. Am Ende steht hinter jedem Bedürftigen ein Aufpasser, der froh ist, einen Arbeitsplatz als Aufpasser sein eigen nennen zu dürfen. Ja, Hartz-IV soll den Bürger von der Wiege bis in den Tod begleiten. Und überhaupt, warum eigentlich nicht betteln? Hungernde Menschen aus Afrika oder Indien können’s doch auch.

Wahrnehmungsgestörte Politiker sind vor allem wahrnehmungsresistent gegenüber den sozialen Realitäten der Bürger. Sie haben keine Ahnung vom Bürger, wie er seine soziale Realität empfindet und wie er sie verarbeitet. Dabei geht es uns einmal mehr um Fragen nach dem Innen-Außenverhältnis: auf welche Weise findet Wahrnehmung – ausgehend von einem Innen: einem Gefühlsimpuls – ihren Weg zu einem Außen, um dann als “Störung” in einem sprachgestützten interaktiven Sachverhalt sichtbar zu werden.

Zum Innenleben haben wir keinen unmittelbaren Zugang, vielmehr einen mittelbaren über den intersubjektiv vermittelten Objektbezug, bzw. über kommunikativ sich herausbildende Theoriekonstrukte. Die Mensch-zu-Mensch-Beziehung ist vermittelt über Konstrukte, wobei alles mit dem “reinen” egozentrierenden Gefühlsimpuls beginnt; dieser leuchtet das Innen des einsamen Subjekts gleichsam aus: *ich fühle; mir geht’s schlecht; hier stimmt etwas nicht*. Mehr weiß das Subjekt aus sich allein heraus nicht, und es weiß es nur für sich selbst, dass da eine negative oder positive Gefühlsintensität durch seinen Körper strömt, die dann aber um Zugang zu einem Außen über außersubjektive Konstrukte bemüht ist, um über diesen Umweg einen begrifflichen Zugang auch zum eigenen Innen zu bekommen; dieser existiert real erst in einem Außen, spricht: theoriebildenden sprachge-

stützten intersubjektiven Kontext. Das Gefühl als solches (als reine Intensität) ist der Analyse nicht zugänglich, auch wenn mit ihm “alles” beginnt und es sich notwendig in Vorgänge intersubjektiver Verobjektivierung ergießt. Hierbei stellen sich die folgenden Fragen:

1. Was wird durch einen Gefühlsimpuls wahrgenommen, bzw. was kommt mit ihm zum Ausdruck (ein Gefühl mitteilen; das Gefühl ist mitteilbar über den Objektbezug),
2. wie und auf welche Weise wird es (über den Objektbezug) wahrgenommen und analysiert (Theoriebildung in Rede und Gegenrede)? Schon der sprachgestützte interaktive Vorgang besitzt Vorbildcharakter mit sozialen Folgen und zwar im Guten wie im Schlechten, der also durchaus verhaltensrelevant (für den nichtteilnehmenden Beobachter oder Zuschauer) in den gesellschaftlichen Körper hineinstrahlt.
3. welche sozialen Folgen gibt es oder sind zu befürchten und im politischen Handeln einer Bearbeitung zuzuführen?

Schon beim ersten Punkt kündigt sich an, ob Diskurspartner **A** sein Gegenüber **B** wahr- oder ernstnimmt. Es treten Erwartungshaltungen auf, die entweder konstruktiv eingelöst werden oder nicht. Geht **A** z.B. auf Fragen von **B** ein oder quatscht er **B** einfach nur zu: um den heißen Brei herum?

Wie dem auch sei, selbst eine mit Wahrnehmungsstörungen massiv kontaminierte Debattenkultur wird und muss kommunikativ eingeübt werden. Das geschieht vornehmlich in sozialen Milieus, die sich abschotten, so dass Menschen in ihnen ausschließlich unter ihresgleichen verkehren und deshalb Menschen anderer Milieus nur aus zu großer Entfernung und deshalb eindimensional wahrnehmen und zwar aufgrund liebgewordener Theoriekonstrukte, die sich anmaßen, alle Menschen über einen

Kamm zu scheren und Kritik daher kaum mehr zugänglich sind. Wesentlich ist, dass Menschen über Theoriekonstrukte miteinander verkehren: Man nimmt den anderen nicht unmittelbar, sondern mittelbar, vermittelt über Theorien, wahr, so wie man den fremden, entfernt existierenden Menschen nicht wirklich ernst nimmt, und sitze dieser auch ganz nah neben einem.

Mit anderen Worten: Theorien gilt es vor Anfeindungen aller Art zu schützen; man bewahrt dadurch liebgewonnene Beziehungsmuster vor Schaden, von denen man nicht unbedingt zurecht annimmt, dass sie das eigene Leben bereichern. Es geht also primär nicht um Liebe, sondern Bestandsinteressen, die Theorien gleichsam unter Artenschutz stellen; *ist eine Theorie aber sakrosankt, nicht kritisierbar, kann es auch keinen konstruktiven Zugang zu anderen Menschen mit einem anderen sozialen Hintergrund geben.* Das passiert ganz besonders dem Berufspolitiker wie überhaupt sogenannten Eliten oder denen, die sich dafür halten. Auch tauchen in den politischen Debatten immer wieder die gleichen Typen auf, die gebetsmühlenhaft immer wieder das gleiche aufsagen – durchaus gegeneinander, aber nicht kritisierbar, so dass sie in Wahrheit nicht einmal gegeneinander, als vielmehr aneinander vorbei reden.

**Kurzum: nicht Menschen begegnen sich,  
sondern Theoriekonstrukte, die so formuliert werden,  
dass sie einer Kritik nicht zugänglich sind.**

Manchmal möchte man meinen, es komme einer Quadratur des Kreises gleich, mit einem Politiker auch nur einen einfachen sozialen Sachverhalt zu diskutieren.

Mangelnde Debattenfähigkeit zeigt sich weniger prägnant in sozialökonomischen Schönwetterlagen, sondern springt nachdrücklich und hartnäckig erst dann richtig ins Auge, wenn sich – wie heute der Fall – die Schlinge *sozialer Not* immer fester und vor allem immer vorhersehbarer um immer mehr Bürger zieht. Was die Vorhersehbarkeit betrifft, so sind auch die (noch) nicht (unmittelbar) von sozialer Not geschlagenen Menschen immer sicht-

barer zumindest von politischer Verunsicherung erfasst. Nur gehen nicht alle in der gleichen Weise mit ihren Ängsten um. G.W. Bush, zum Beispiel, führt gerne Kriege, wenn ihm etwas nicht passt. Joschka Fischer ist nicht anders: er prügelte in seiner Jugend gern Polizisten. Heute stehen ihm subtilere Mittel zur Verfügung. Nun ja, und Innenminister Schäuble wünscht sich – für alle Fälle – die Möglichkeit, die Bundeswehr im Inneren einsetzen zu können.

Natürlich sind alle von Wahrnehmungsstörungen mehr oder weniger betroffen. Schlimm ist, dass sie immer existenzbedrohendere Formen annehmen und sich zudem immer tiefer ins Gemüt eines jeden einzelnen eingraben – bis hin zur vollständigen Beratungsresistenz. Nicht nur dass Kommunikation ausdünn. Bevor sie ganz versiegt, geht sie den Weg der Gewalt zunächst nach innen und danach umso nachdrücklicher nach außen. Was waren die Menschen froh, als der Erste Weltkrieg endlich ausbrach und der aufgestaute (Selbst)Hass sich endlich austoben durfte – eine im Hurrah-Geschrei normalisierte Störung, für meine Begriffe eine Massenpsychose. Natürlich hat Gewalt immer der andere zu verantworten. Schlimmer: im Gut-Böse-Schema vermag sich die Störung zu normalisieren, bevor sie womöglich – medizinisch indizier-, bzw. wahrnehmbar – als psychische Erkrankung in Erscheinung tritt.

Der vorliegende Text möchte zeigen, wie – noch bevor Analyse und Theoriebildung einsetzen – mit der Wahrnehmungsstörung alles anfängt; diese wollen wir begrifflich mit Hilfe der “Recherche” von Proust schärfen. Auch wenn unserem Gesellschaftskonzept zufolge Theoriebildung sich durch die Wahrnehmung hindurch entwickelt, so findet – zu analytischen Zwecken – in den herrschenden Konzepten eine begriffliche Trennschärfe zwischen Wahrnehmung und Theoriebildung nicht hinreichend statt. Theorie löst sich unmittelbar in Wahrnehmung, resp. im Gefühls- und Tatsachenfetisch auf. Die Folge: Menschen, die zusammen kommen, um zu diskutieren, nehmen sich nicht ernst; insbesondere werden Menschen, die Ansprüche an die Gesellschaft

äußern, mit Hilfe subtilster Mittel nicht ernst genommen (siehe weiter unten das Beispiel "Oettinger").

Ich glaube, schon die Wahrnehmungsstörung, sprich: die Unfähigkeit, soziale Sachverhalte nicht nur zu erfassen, sondern ihnen im Diskurs auch gerecht zu werden, setzt ein in allen Menschen vergleichbares Innenleben voraus, das einer begrifflichen Schärfung zugänglich ist, auch wenn es sich nach außen bei unterschiedlichen Menschen nicht immer gleich äußern mag. Die Schwierigkeit besteht darin, mit Hilfe von Theoriekonstrukten von der äußeren Ausprägung auf vergleichbare innere Vorgänge zu schließen, ein prekäres Unterfangen, das Legitimität freilich solange beanspruchen darf, wie es sich der kommunikativen Überprüfung nicht entzieht.

Ohne hier vorzugreifen, schon gar nicht in der Absicht, vor schnell etwas beweisen zu wollen, möchte ich die Vergleichbarkeit innerer Vorgänge vorläufig illustrieren, indem ich zwei Extreme miteinander konfrontiere: den Verbrecher mit dem sogenannten unbescholtenen Bürger. Unsere These: das, was der Verbrecher einem wehrlosen Opfer antut, ist vergleichbar mit dem, was ein unbescholtener Bürger dem Verbrecher antut, wenn er für härtere Strafen plädiert, vielleicht sogar für Folter und Todesstrafe. In jedem Fall haben wir es mit Abreaktionen am Hassobjekt zu tun. Nur dass selbst monströse Härten wie Folter und Todesstrafe die *abstrakte Ebene gesellschaftlichen Handelns* für sich in Anspruch nehmen: die "harte Bestrafung" als Folge für ein Verbrechen sollen *alle Menschen einer Gesellschaft* gleichermaßen anerkennen und im Fall eines Verbrechens ereilen. Eine Anmaßung gegen Menschen, die nicht von den positiven Folgen härterer Strafen überzeugt sind. Wir denken, dass man sich vor dem Verbrecher schützen muss und auch kann. Dazu muss man ihn aber nicht quälen oder unter unwürdigen Bedingungen dahinvegetieren lassen. Um gegen härtere Strafen zu sein, muss man den Täter nicht lieben oder Mitgefühl ihm gegenüber empfinden.

"Abreaktion" (um nicht zu sagen: Missbrauch) herrscht vor, weil der emotional besetzte "Strafbegriff" die *gefühlsverdrängende Ebene*

nicht erreicht: der Sozius vermag die abstrakte gesellschaftliche Ebene nicht zu berühren angesichts der Tatsache, dass ein Konsens nicht erreichbar ist, was die sozialverträgliche Wirkung “harter Strafen” betrifft, ein Konsens, den alle Menschen einer Gesellschaft zu teilen vermögen. Die gesellschaftliche Ebene verweist unserem abstrakt-konstruktiven Verständnis zufolge notwendig auf unverrückbare Werte, auf die sich alle Menschen der Gesellschaft verständigen können müssen, so auf den im Grundgesetz verankerten Wert der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2, GG), der für uns mit der unteilbaren Würde des Menschen (Artikel 1, GG) untrennbar verknüpft ist.

Der Verbrecher weiß von solch einer abstrakten *Ebene ohne emotional-reaktiven Bezug* nichts. Und hier fühlt, denkt und handelt der unbescholtene Bürger ganz ähnlich, will sagen: nicht gleich, aber vergleichbar; er reagiert sich (emotional) ab dort, wo die abstrakt-gesellschaftliche Ebene unberührt bleibt, weil sie in ihm durch Kommunikation (Erziehung bis ins hohe Alter hinein) nicht präsent ist. Exakt das ist es, was den unbescholtenen Bürger zum Spießbürger macht. Er glaubt tatsächlich, in seinem Innenleben gäbe es nichts, was mit dem Innenleben eines Schwerverbrechers vergleichbar wäre. Für Christen gibt es das “Böse” im Menschen, das in Spurenelementen in jedem Menschen vorhanden sei und sich einen ewigen Kampf mit dem “Guten” liefere. Auf diese Weise schützen Christen die soziale und gesellschaftliche Wirklichkeit vor jeder unangenehmen Analyse und Theoriebildung, die nach unserem Dafürhalten auf der abstrakt-gesellschaftlichen Ebene kein Gottvertrauen, sondern unverrückbare Werte voraussetzt, die für jeden Bürger unmittelbar einklagbar sind, an denen theorieträchtige Rationalisierungsvorgänge Halt finden, ohne als solche der Rationalisierung zugänglich zu sein, ganz abgesehen davon, dass ohne diesen Halt Rationalisierungen (Theoriebildung) gar nicht kritisierbar sind.

Wahrnehmungsstörungen werden nachhaltig erzeugt, wo Menschen nicht mehr fähig sind oder ihnen keine zureichende Möglichkeit eingeräumt wird, sich einzubringen. Nicht dass sie

dabei das Sprechen verlernen würden; vielmehr leidet die Fähigkeit, zureichend in unterschiedlichen Perspektiven zu denken, auf gut deutsch: sich in die Situation eines anderen Menschen hinein zu versetzen. Ein Diskursteilnehmer, der sein Gegenüber z.B. grundsätzlich nur über das Medium "Fernsehen" wahrnimmt, neigt aus zu großer Entfernung zu Stereotypen, die sich festsetzen und einen unmittelbaren Zugang zum Innenleben suggerieren, indem man diese noch in Rührseligkeiten taucht. Sie vergessen, dass ein Zugang nur über kommunikativ sich ausbildende Theoriekonstrukte möglich ist, also notwendig mittelbar ist. Alles andere wäre anmaßend. Es fehlt das Bewusstsein, dass Theoriekonstrukte während der Kommunikation sich ausbilden, bzw. der ständigen Erneuerung, auch der inneren Befestigung und Bestätigung bedürfen, aber zugleich kritisierbar bleiben müssen. Ohne Chance der Erneuerung reden Menschen so, als redeten sie gar nicht miteinander. Sie sind beratungsresistent.

Der soziale Sachverhalt der Wahrnehmungsstörung sei anhand einer ganz unscheinbaren Diskurssituation bei "Anne Will" beschrieben (vgl. WIA-GEM), in der u.a. Ex-Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement und der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günther Oettinger, teilgenommen hatten, um die Politik der "Agenda 2010", bzw. Hartz-IV gegen eine von Hartz-IV betroffene Familie zu verteidigen. Insbesondere Oettinger machte deutlich, wie sich die "Abreaktion" (am Hartz-IV-Opfer) in Rührseligkeit aufzulösen vermag: der Täter merkt nicht, dass in ihm eine Gefühlsdisposition (Objektbezug des Gefühls) menschenverachtender Abreaktion existiert. Wenn man ihn daraufhin ansprache, würde er glaubhaft versichern, dass er nichts dergleichen fühle; im Gegenteil: er fühle mit den Menschen. Und überhaupt in Baden-Württemberg ginge es den Bürgern viel besser als in anderen Bundesländern. Oettinger weiß nicht, dass in seinem Inneren eine Verschiebung des Gefühls im Objektbezug stattfindet, und zwar weg von der realen Opfersituation hin zur gefühlsmäßigen Besetzung eines Theoriekonstrukts, das ihm bei der politischen Bewältigung sozialer Beziehungen behilflich ist und

zwar recht erfolgreich, wie die gute wirtschaftliche Situation seines Landes zeige. Das betroffene Opfer spielt in Wirklichkeit keine Rolle: ein tragischer Einzelfall, um den man sich nur zureichend kümmern müsse und alles wäre gut (womit er de facto die Gültigkeit seiner Theorie meint, die er sich durch die Existenz "eines Einzelfalls" nicht madig machen lassen möchte).

Die Folge: Das Opfer, das in Oettingers Wahrnehmungsraster nicht vorkommen darf, fühlt sich nicht ernst genommen: auf ein Theoriekonstrukt reduziert, das seiner sozialen Situation nicht entspricht. Tatsächlich reagierte Oettinger auf die unerfreuliche Situation der Hartz-IV-Familie mit einem Schwall von Rührseligkeiten: In Baden-Württemberg mache man die "richtige" Politik; deshalb würden dort händeringend qualifizierte Fachkräfte gesucht. Er werde sich – blabla – persönlich um die Familie kümmern, sozusagen *mal nach dem Rechten sehen*.

Oettinger ist ein Beispiel von vielen. NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers besitzt auch so eine Fürsorgementalität, richtig ekelhaft. Doch haben fast alle Politiker eines gemein: sie triefen nur so vor rührseliger Moral und Mitgefühl. Da, wo die Rührseligkeit Triumphe feiert, stirbt jeder um Analyse bemühte Diskurs. Die Menschen nehmen sich nicht mehr *wahr*. Wir müssen unsere Kinder vor solchen Haltungen schützen. Täten wir das in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen endlich zureichend, mit dem Bildungsniveau in Deutschland ginge es, unabhängig vom Bildungssystem, schlagartig aufwärts. Die Menschen wären in der Lage, ihre soziale Umwelt weniger wahrnehmungsgestört wahrzunehmen.

Zum Schluss eine kleine zitiertechnische Bemerkung: Literaturangaben sind im Text verschlüsselt (z.B. als **RIW-EEJ**: Wolfgang Richter, Irina Vellay (Hg.), **Von den Ein-Euro-Jobs zum Dritten Arbeitsmarkt**) und einsehbar auf unserer **Kommunikationsseite**. Außerdem bezieht sich die "Einführung" auf weitergehende Texte, die auf der

- **Politik-Seite**

- WASH-Seite und
- Kommunikationsseite

einsehbar sind – unbenommen davon, dass wir sie noch überarbeiten wollen. In der vorliegenden “Einführung” sind sie als Abschnitt A, B, C, D, E gekennzeichnet, zusammen mit entsprechenden Kapiteln. **B1** verweist z.B. auf das Kapitel **1** von Abschnitt **B**. Wir werden zumindest die “Einführung” rechtzeitig zur Bundestagswahl 2009 in Buchform herausbringen. Vorerst freuen wir uns über jede kritische Anregung. Vieles, was uns aus der Entfernung (per eMail) erreichte, haben wir in unsere Texte eingebaut, so die gerade erwähnten, von Richter/Vellay herausgegebenen, sehr aufschlussreichen Sozialstudien (**RIW-EEJ**), die uns Wolfgang Marschall aus Schleswig-Holstein hat zukommen lassen.

Herzliche Grüße

Franz Witsch, Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)

## **C11 Exkurs zu Kapitel 8**

Hamburg, 05.06.2008

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger,  
zunächst möchte ich mich bei den Lesern bedanken, die auf die  
“Einführung: Zum Begriff der Teilhabe” unseres Projekts:

Die Politisierung des Bürgers  
*Beiträge zur Wahrnehmung und Produktion*  
*sozialer Strukturen*

Stellung bezogen haben, diesmal etwas zahlreicher und stellenweise äußerst positiv. Das Thema des 8.Kapitels:

“Vom Gefühlsimpuls zur Wahrnehmungsstörung”

war offensichtlich in der Lage, im Leser etwas zu bewegen. So etwas motiviert ganz besonders, kommt durch die Stellungnahme eines Lesers, der uns nicht persönlich kennt, doch die Wirkung eines Textes unabhängig von der Person, die ihn geschrieben hat, zum Ausdruck. Also schmort unser kleiner politischer Verein

WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.),

der für das Buchprojekt als Herausgeber verantwortlich zeichnen wird, doch nicht nur im eigenen Saft. Und mit Verlaub, lieber kritischer Leser: ein wenig (eigener) Saft schadet ganz gewiss nicht, im Gegenteil.

Diesmal habe ich kein weiteres Kapitel anzubieten. Das 8.Kapitel wurde aber in wesentlichen Teilen überarbeitet, insbesondere ergänzt durch wirtschaftstheoretische Überlegungen im Zusammenhang mit der Mindestlohnforderung. Das erschien uns wichtig, denn unsere massive Kritik am Mindestlohn soll auf keinen Fall den Anschein erwecken, wir seien der Meinung, das freie Spiel der Marktkräfte (von Angebot und Nachfrage) würde für alle Menschen eine auskömmliche Arbeit herbeizaubern können. Mit solchen menschenverachtenden Laissez-faire-Theorieansätzen haben wir nichts gemein.

Wir wollen am Beispiel der Mindestlohnforderung zeigen, dass tatsächlich auch “Die Linke.” vor *neoliberaler Marktgläubigkeit genauso wenig gefeit ist wie ihre politischen Gegner*. Auch sie betreibt eine Politik, die der Theorie der Marktgläubigkeit verhaftet ist.

Wesentlich ist, dass *zu viel* oder *zu wenig Markt* oder, wie Herbert Schui anmerkt: “*nicht funktionierende Märkte*” (SCH-KKR) **nicht** die Ursache menschlicher Ausgrenzung sind. Die Kreditkrise verschlimmert alles, aber sie ist nicht die wesentliche Ursache von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Die schreiten voran unabhängig von Kapitalmarktkrisen und davon, wie und ob die Politik sie bewältigt. Sie kommen und gehen. Irgendwann werden sie immer bewältigt; wie sollten sie nicht? Fragt sich nur wie und mit welchen sozialen Folgen, bzw. ob mit ihrer Bewältigung Ausgrenzung im Interesse aller verhindert wird.

Es kommt für “Die Linke.” aber noch schlimmer: Unsere These in Bezug auf den Mindestlohn, die wir im Exkurs zum 8.Kapitel versuchen ökonomietheoretisch zu untermauern, lautet wie folgt:

- Die Mindestlohnforderung ist mit Marktgläubigkeit nicht nur vereinbar, sondern setzt sie sogar voraus
- damit hängt zusammen, dass der Mindestlohn nur Klientelinteressen bedient und das noch nicht einmal nachhaltig, und zwar unter der Bedingung, dass die Regeln der Kapitalverwertung gesamtwirtschaftlich gelten, und sie gelten nur gesamtwirtschaftlich oder gar nicht.

Unserem sozial- und ökonomietheoretischen Ansatz zufolge kann aber eine Politik, die lediglich – und das nicht einmal nachhaltig – Klientelinteressen zu berühren vermag, nicht zu mehr *Teilhabe für alle Menschen in der Gesellschaft führen*. Dazu Näheres im

**“Exkurs: Mindestlohn und andere politische Schrullen”,**

den wir in das 8. Kapitel unserer *Einführung* (“Vom Gefühlsimpuls zur Wahrnehmungsstörung”) integriert haben. Gemäß der Einführung stehen sich zwei Strategien einer Bewirtschaftung von Markt- und Produktionsprozessen gegenüber; die eine führt zu einer *Ökonomie der Sozialverträglichkeit*; die andere halten wir für menschenverachtend:

- Die Politik bewirtschaftet Märkte aus sich selbst heraus: ein Markt bewirtschaftet den anderen, bzw. Märkte bewirtschaften sich gegenseitig; und zwar in der Hoffnung, der Markt, bzw. die Gesamtheit aller vernetzten Märkte (Marktdaten), wachse schon sozialverträglich in die Produktion hinein, bzw. gebäre diese aus sich heraus: die Produktionssphäre, in der Menschen sich bewegen und bewegt werden können, auch unabhängig davon, was die Märkte sagen oder präjudizieren. Marktgläubigkeit heißt dem gegenüber: Menschen bewegen sich zureichend aufgrund von Marktdaten, die man durch Markteingriffe auch vorgibt, zum Beispiel durch einen Mindestlohn.
- Einem solchen Ansatz vertrauen wir nicht. Mit diesem Misstrauen korrespondiert die Notwendigkeit eines begrifflichen Schnitts zwischen Produktions- und Marktsphäre, bzw. zwischen *Produktion* und *Zirkulation*, wie Marx es im *Ersten Band des Kapitals* beschrieben hat, um diese begriffliche Trennung zur Voraussetzung seiner Kapitalanalyse zu machen. Entsprechend diesem analytischen Ansatz sagen wir:
- Im Interesse einer sozialverträglichen Ökonomie gilt es, Menschen unabhängig von Marktdaten, nämlich in Anlehnung an ihre Bedürfnisse zu bewegen, indem Arbeitsplätze zunächst definiert und finanziert werden, um – an der Schnittstelle zwischen Produktion und Zirkulation – dann erst zur einkommensinduzierten zahlungskräftigen Nachfrage zu werden: als solche in die

Zirkulation zu strömen, um die Produktion bedienen, bzw. zu beleben.

- Das funktioniert nicht hinreichend mit Mitteln, die über Prozesse der Kreditgeldschöpfung durch Zentralbank und Finanzsektor aus der kapitalverwertenden Produktion in den Markt (Zirkulation) hinein strömen, um dann nicht umhin zu kommen, aus der Zirkulation heraus vornehmlich die Kapitalverwertung zu bedienen.
- Sondern das funktioniert nur mit Mitteln, die autonom, in Abhängigkeit zu vorhandenen Produktionskapazitäten, also inflationsneutral, als Geld (kein Kreditgeld) gedruckt werden, um zuvor definierte Arbeitsplätze zu finanzieren, noch bevor diese Mittel von der Sphäre der Zirkulation berührt werden, um dann auch als Kreditgeld (Geld, das sich vermehrt) ein Leben fristen zu können. Geldschöpfung gerinnt auf diese Weise zu einem Produktionsakt und nicht zu einem Akt der Zirkulation.
- Mit anderen Worten: das Geld kann, wenn mit ihm, ohne zuvor die Zirkulation zu berühren, Arbeit finanziert worden ist, von Prozessen der Kapitalverwertung nicht sozialunverträglich absorbiert werden – mit der allseits bewehklagten Folge einer permanenten Schwäche der zahlungskräftigen Nachfrage, heute immer sichtbarer und fühlbarer auf stets steigender Stufe.
- Noch einmal: Schlimm ist nicht, dass es Kreditgeld gibt. Wesentlich ist, wie Geld entsteht, ob es von vornherein in Form von Kreditgeld geschöpft wird, um dann von allem Anfang an und zunächst von der Kapitalverwertung absorbiert zu werden. Es gilt: Einmal Kreditgeld – immer Kreditgeld. Die Folge ist streng nach Marx: das gesellschaftliche *Mehrprodukt* (wird es immer geben) gerinnt zu *Mehrwert* (wollen wir ab-

schaffen). Mit Verlaub: ich kenne keinen Linken, der mir den Unterschied zwischen *Mehrprodukt* und *Mehrwert* zu erklären vermag.

- Daraus folgt, Verstaatlichung oder in Staatsbesitz befindliche Unternehmen verhindern weder Ausgrenzung noch Armut, sondern bedienen unter der Bedingung von Mehrwertproduktion, bzw. dass die Regeln der Kapitalverwertung gelten, nur Klientelinteressen. Das heißt nicht, dass Gemeinbesitz nicht sehr sinnvoll sein kann und de facto auch ist. Auch wir sagen, dass die Privatisierung der Bahn eine Schweinerei sondergleichen ist. Dennoch bringt Staats- oder Gemeinbesitz als solcher gar nichts.

Nun, und mit dem Mindestlohn ist es nicht besser; er berührt die Kapitalverwertung nicht die Spur und muss daher in der Tat auf die Hoffnung setzen, der Markt möge alles richten und Menschen zureichend und sozialverträglich in Bewegung setzen. Soweit unser Exkurs.

Schließlich möchte ich unseren Lesern einen neuen Text nicht vorenthalten, der sich aus einem Leserbrief ergab, den mir Hans-Dieter Hey von der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ) schrieb. Der Brief lautet wie folgt:

Sehr geehrter Herr Witsch!

Die Politisierung der Bürger ist ja in Wirklichkeit eine Entpolitisierung der Bürger – mit vielfachen Gefahren. Ich las heute den Spiegel-Artikel, der verdeckt für autokratische Strukturen eintritt. Eine Überführung dort hinein ist eben besonders in einer entpolitisierten Gesellschaft möglich. Viele hier haben – wenn Sie erlauben – die Schnauze voll, weil sie diesem System nichts mehr zutrauen. Sie erleben täglich, dass die sogenannten Vertreter des Volkes ausschließlich Lobbyisten und die Wirtschaft vertreten. Zudem verhalten sich die Politiker gegenüber ihren Wählern – und das wird ja in ihrer eMail richtig beschrieben – wie Autisten in ihrer eigenen Welt.

Hätten Sie nicht Lust, zu dieser Frage – Autismus der Politiker – für uns einen Artikel zu schreiben? Auch ein Artikel plus Rezension des Buches wäre nicht schlecht. Dann könnte man es gleich vorstellen. Übrigens: Irina Vellay hatte schon bei uns veröffentlicht. Leider ist es so, dass wir als ehrenamtliches Medium kein Geld für Honorare haben, was sich sicher auch auf Dauer ändern muss. Durch viele Unterstützer.

Falls Sie also Interesse haben, ist Peter Kleinert Ihr Ansprechpartner.

Beste Grüße Hans-Dieter Hey

Ich habe mich über diese Zeilen riesig gefreut und ein paar Tage später der "Neue Rheinischen Zeitung" einen Text "Über Autismus in der Politik" geliefert, den Herr Hey gut fand, wie er mir telefonisch mitteilte, der aber dennoch nicht den Weg in seine Zeitung fand, aus Gründen, die mir der verantwortliche Redakteur Herr Kleinert wohl nicht persönlich mitteilen mochte (er meldete sich nicht) – als Redakteur einer Zeitung, die für alternative Öffentlichkeit stehen möchte (siehe NRhZ: Über uns).

Heißt "alternativ" vielleicht, dass die sogenannte neue Partei "Die Linke." nicht genauso schlecht wegkommen darf wie alle anderen Parteien auch? Oder dass alles mögliche in dunklen Hinterzimmern abgekaspert wird, um keinesfalls ins Licht der Öffentlichkeit zu geraten? Vielleicht ist weniger Licht ja "alternativ", um selber stets im rechten Licht zu erscheinen?

Wie dem auch sei, dieser kleine soziale Sachverhalt will niemanden diskriminieren. Wir sind alle fehlbar. Er will nur zeigen, dass es auch für uns "linke" Erwachsene noch viel zu lernen gibt. In diesem Sinne

herzliche Grüße

Franz Witsch

Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)

## **C12 Kapitel 9 und 10**

Hamburg, 07.08.2008

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger,

### **Die Politisierung des Bürgers**

Zur Wahrnehmung und Produktion  
sozialer Strukturen

([www.film-und-politik.de/html/politik.html](http://www.film-und-politik.de/html/politik.html))

so das übergeordnete Thema unseres WASH-Buchprojekts, hat – nur scheinbar jenseits jeglicher Politik – gravierend mit dem alltäglichen Nahbereich des Bürgers zu tun, mit dem, was er jeden Tag tut und wie er damit zurecht kommt. Aus dem Nahbereich heraus werden soziale Strukturen wahrgenommen, aber auch sprachgestützt produziert, bzw. erneuert, und damit zugleich mit Gefühlen immer wieder aufs Neue belebt. Nur im iterativen Dreiklang von “Wahrnehmung, Produktion und Gefühl” findet der Bürger Zugang zum politischen Engagement, oder auch nicht, bzw. immer weniger, wenn er in sich nicht mehr stimmig ist. Dann dünnt der Nahbereich aus. Das beginnt in einer Arbeitswelt, die nicht zuletzt durch Harz-IV immer mehr ausdünnt und damit zugleich die Möglichkeiten zur Teilhabe. Am Ende droht Politikverdrossenheit.

Wir setzen Politikverdrossenheit aber nicht gleich mit politischem Desinteresse, denn dem Bürger entgeht in Zeiten drastischen Sozialabbaus nichts. Obwohl – natürlich – der Verdrossenheit immer die Gefahr von “Besinnungslosigkeit” mit sich bringt und damit die Unfähigkeit, sich im politischen Engagement konstruktiv – sagen wir mal: teilhabeträchtig – einzubringen. Die Fähigkeit zur Teilhabe muss im alltäglichen Nahbereich eingeübt werden. Wie soll das geschehen, wenn er ausdünnt durch sinnlose Arbeit und eine ausufernde Bürokratie, zumal eine solche der Bevormundung, die den Bürger beschämt? Genau das will die politische Elite, sie will den devoten und servilen Bürger, der sein Kreuz macht und an-

sonsten den Mund hält, wiewohl die Politik das Wort “Bildung” unentwegt im Munde führt, aber nur als Drohung gegenüber dem Hauptschüler, so Friedrich Merz in einer kürzlich ausgestrahlten “Phönix”-Diskussion mit Heiner Geisler. (MEG-GUG) Merz sagte u.a. sinngemäß:

*Der Hauptschüler müsse sich  
auf ein Leben in Armut einrichten,  
wenn er sich in der Schule nicht anstrengt.*

Eine Unverschämtheit, die von der eigenen Unfähigkeit ablenken soll, nachhaltig tragfähige politische Theoriekonzepte zu entwickeln. Man will immerzu weiter von der Hand in den Mund Politik betreiben können.

Wir drohen nicht, sondern versuchen, den Nahbereich des Bürgers ernstzunehmen und sei er noch so dünn. Ob uns das zu reichend gelingt, werden später unsere Leser beurteilen müssen. Zum Nahbereich zählen wir natürlich die von Merz eingebrachten schulischen Erfahrungen, also nicht nur den ganz privaten Familienbereich, wo Menschen intim miteinander verkehren. Hinzu kommen Freizeitverhalten und nicht zuletzt das, was auf den Bürger über Film, Fernsehen und andere Medien einströmt. Der Film spielt bei der Gestaltung des Nahbereichs eine wesentliche Rolle. Er hilft dem Bürger, sich im Nahbereich zu bewegen. So beziehen wir uns in den jetzt vorliegenden Kapiteln 9 und 10 der

**“Einführung: Zum Begriff der Teilhabe”**

zu unserem Buchprojekt

auf die gerade angelaufenen Filme

**42plus** von Sabine Derflinger und

**Schmetterling und Taucherglocke** von Julian Schnabel.

Bewegende Bilder sprechen die “Fähigkeit zu fühlen” unmittelbar und direkt an und sind daher eine wesentliche Stütze im Dreiklang von “Wahrnehmung, Produktion und Gefühl”. Daher lassen wir immer wieder Filme in unsere Texte einfließen, auch frühere Filmbesprechungen wie die zum Film “Gabrielle – Liebe

meines Lebens” (vgl. v.a. Kapitel 10.4, S. 173f), denn Filme unterstützen die Produktion von Bildern oder halten sie im Kopf präsent. Sie sind beim Lesen behilflich, führen vielleicht dazu, dass mehr gelesen wird. Wir denken, dass “lesen”, “sehen (hören, fühlen)”, “denken” und “(politisch) handeln” untrennbar zusammen gehören.

Die Kapitel 9 und 10 zum Thema “Nahbereich”, die wir mit diesem Bürgerbrief vorstellen wollen, sind mit rund siebenzig Seiten etwas umfangreich geworden. In ihnen wollen wir einen “Nahbereich der Vielgestaltigkeit” mit einem politisch produzierten “Nahbereich zunehmender Ausdünnung” kontrastieren. Mit zunehmender Ausdünnung ihres Nahbereichs sind Menschen immer weniger in der Lage (zu lernen), über Gefühle, vor allem Verletzungen, zu sprechen, und das aus einem naheliegenden Grund: Die Scham wächst und mit ihr versiegt die Motivation, über einen Leben zu reden, von dem immer weniger übrig bleibt, bis der Sozium am Ende ganz verstummt, zumal in einem Umfeld, das, nur scheinbar absurd, mit Rührseligkeiten – also Gefühlen – nur so aufgepumpt wird. (Vgl. dazu Kapitel 10.1, S. 136f) Die Rührseligkeit wiederum stellen wir in einen Kontext mit den sozialen Sachverhalten “Stigmatisierung” und “Gewalt(bereitschaft)”. Im Text fassen wir diesen sozialen Sachverhalt folgendermaßen zusammen (Seite 159):

“In der Rührseligkeit (der Verheißung) vermag der Sozium seine Stigmatisierung vor anderen, nicht zuletzt vor sich selbst, zu verstecken, mehr oder weniger erfolgreich, das heißt, er fühlt sich mehr oder weniger uneingestanden von der Normalität isoliert, durch geheime, seinem Innenleben aufgebrannte Zeichen, die quälen, ohne dass er sie recht zu deuten, geschweige denn, mit ihnen umzugehen vermag. In dem Maße freilich, wie er sie für ein Außen transparent machen kann, wird Vielgestaltigkeit möglich, die dann wiederum in der Rührseligkeit nicht mehr aufgeht: unvereinbar mit unendlich in die Zukunft verlängerten Gefühlen der Verheißung,

dessen Unterbrechungen unkontrollierte Gewaltausbrüche, das heißt: Stigmatisierungen heraufbeschwören. Auf den Punkt gebracht, Rührseligkeiten – um nicht zu sagen: in Stein gemeißelte Gefühle – sind unvereinbar mit sozialverträglicher Intersubjektivität, aber auch unvereinbar mit einem erträglichen Innenleben, das, anstatt über sich selbst zu sprechen – über Gefühle, zumal über Verletzungen mit all ihren geheimen Zeichen –, sich Entlastung verschafft durch Gewalt nach Außen aufgrund kleinster Anlässe.“

An dieser Stelle sei eine Erläuterung zu unseren Verweisen auf Texte des Abschnitts **D** (*Kommunikation unter Verdacht*) gestattet. Sie sind auf unserer Kommunikationsseite

([www.film-und-politik.de/html/kommunikation.html](http://www.film-und-politik.de/html/kommunikation.html))

zugänglich. Die Verweise auf Texte sind in Klammern vermerkt, neben den Links zu den Texten. Zum Beispiel passt der Verweis **D5** zum Link, der auf den Text “**Ich glaube, also bin ich**” zeigt. Schließlich möchte ich auf eine kritische Stellungnahme zu unserer Kritik am Mindestlohn eingehen, die mir vor kurzem zugegangen ist von einem Leser, der schon vor über einem Jahr aus unserem Verteiler herausgenommen werden wollte. Umso so bemerkenswerter scheint mir, dass er unsere Texte und Bürgerbriefe weiterhin zur Kenntnis nimmt. Für dieses Interesse möchte ich ihm ausdrücklich danken. Er schreibt zu unserer Mindestlohnkritik das folgende:

Sehr geehrter Herr Witsch, wenn Sie hier gegen den Mindestlohn schreiben, zeigt das wieder nur einmal, wie auch sonst, wie unheimlich weit weg Sie von den Problemen der wirklich sozial Schwachen sind. Viele Grüße, Ihr P.M.

Um es gleich zu sagen. Ich bin der letzte, der sich gegen den Mindestlohn engagieren würde, geschweige denn Flugblätter gegen die Mindestlohnforderung verfassen würde. Genauso wenig würde ich gegen Sozialtarife für Gas, Öl oder Strom auf die Straße gehen. So was lässt sich aus unserer Kritik auch nicht

herauslesen, es sei denn, man ist es nicht gewohnt, Forderungen im Kontext des sozial-ökonomischen Systemganzen zu analysieren, was natürlich heißt, dass man um Systemanalyse nicht herum kommt.

Unsere Kritik zur Mindestlohnforderung möchte ich in der folgenden These zusammenfassen: in Zukunft durchgesetzte flächendeckende Mindestlöhne und/oder Sozialtarife sagen absolut nichts aus über die zukünftige Gesellschaft. Das heißt, die Qualität der gesellschaftlichen Verfasstheit hat mit der Existenz von Mindestlöhnen und Sozialtarifen (für was auch immer) nur wenig, ich würde sogar sagen: nichts zu tun. Das herauszuarbeiten, ist Anliegen unserer Kritik. Das habe ich Herrn M. in einer kurzen Antwort wie folgt versucht zu erläutern:

Sehr geehrter Herr M., herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme. Sie ist in Bezug auf das, was ich politisch vertrete, zumindest missverständlich. Denn ich plädiere durchaus für höhere Einkommen; die sind allerdings durch einen gesetzlichen Mindestlohn nur für die zu erreichen, die einen Arbeitsplatz haben mit einem Arbeitgeber, der sich an das Gesetz hält, Überstunden bezahlt, etc. und was es sonst noch alles an Randbedingungen geben muss, die dann auch noch bürokratisch überwacht werden müssten. Ich stelle die Mindestlohnforderung in einen umfassenden sozialen und ökonomischen Kontext, mehr nicht, aber auch nicht weniger. Wenn der herrschende ökonomische Systemkontext unbeachtet bleibt, sind ökonomische Forderungen einfach nur nett gemeint, weil sie sich ihm nicht entziehen können. Herzliche Grüße, Franz Witsch

Ich würde sogar noch weiter gehen und sagen: wer einfach nur Forderungen stellt oder nur für mehr Gerechtigkeit sich einsetzt, ohne sich um das Ganze: den übergeordneten Systemkontext, zu bemühen, handelt, streng genommen, naiv, wenn er es besser nicht weiß, oder unmoralisch und zynisch, wenn er es besser weiß.

“Die Linke” will mit ihren bloßen Forderungen – wie alle anderen Parteien – einen Fürsorgestaat, in dem wir alle betteln gehen dürfen, abgesichert und exekutiert durch entsprechende Fürsorgegesetze, die uns in die Fürsorgeämter treiben. Kurzum, sie wollen de facto menschenunwürdige Regulierung und Bevormundung. Was bringt es z.B., wenn NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers großmütig auf Schulgeld oder Lernmittelbeihilfen für seine eigenen Kinder verzichtet, um dem sozial Schwachen zugleich auferlegen zu können, sich regelmäßig vor der Fürsorgebürokratie auszuziehen, und der dann überdies auf der Straße unentwegt für höhere Regelsätze, Sozialtarife und Mindestlöhne demonstrieren oder sagen wir doch lieber: betteln muss, wenn er nicht verhungern oder erfrieren will. Wollen wir eine solche Gesellschaft? Eine andere Gesellschaft zu wollen heißt nicht, dass man unter den jetzigen gesellschaftlichen Strukturbedingungen für die Abschaffung von Wohn-, Kindergeld oder andere Beihilfen und schon gar nicht für die Abschaffung von Mindestlöhnen plädiert. Das Problem ist nur, “Die Linke” lässt auch nicht in Spurenelementen erkennen, dass sie für eine andere Gesellschaft eintritt. Das versuchen wir mit unserer Arbeit zu begründen. Um das zu verstehen, muss man sie allerdings lesen, nicht einfach nur behaupten, dass wir unrecht haben.

“Die Linke” geht ferner im Einklang mit ihrem Parteivor-sitzenden Oskar Lafontaine davon aus, den in den gesellschaftlichen Körper eingezogenen ökonomischen Systemkontext zu berücksichtigen, indem sie sich um Finanztheorie bemüht. Das mag für den kurzen Moment angehen, nämlich kurzfristig das Schlimmste verhüten, eben durch Finanzkrisenmanagement. Doch machen die Wortführer der “Linken” den Eindruck, mit der Bewältigung der Finanzkrise (vgl. Anhang oder LAO-RCB) zugleich die systemischen Voraussetzungen zu schaffen, in denen durchgesetzte Forderungen sozialverträgliche Wirkungen – *für alle!* – hervorbringen würden, mit einer entsprechenden Vorlaufzeit, versteht sich, in der immer mehr Menschen immer nur auf bessere Zeiten hoffen dürfen. Ich denke, “Die Linke” macht es

sich zu einfach. Eine andere Gesellschaft haben sie nicht im Sinn. Im Windschatten des “Prinzips Hoffnung” wollen sie in Parlamenten und Regierungen mitwurschteln, mehr nicht.

Ich denke, dass für unsere Kritik an Oskar Lafontaine und seiner neuen, in Wirklichkeit sehr alten Partei, überdies an Götz Werner (mit seinem bedingungslosen Grundeinkommen), gute Gründe sprechen, die widerlegt gehören, anstatt sie einfach nur vom Tisch zu wischen. Natürlich ist es schwer zu beurteilen, wie weit weg man von den Problemen der wirklich sozial Schwachen denkt, schreibt oder politisch agiert. Was mich betrifft, so maße ich mir nicht an, zu bestimmen, wie nahe oder weit weg ich von den sozial Schwachen denke und handle. Was heißt das schon? Man erlebt jeden Tag, wie ein Schwacher – bildlich gesprochen – den anderen totschießt. Und behaupten nicht alle Politiker von sich selbst, dass sie Politik für sozial Schwache machen? Sogar Friedrich Merz tut das; na, und mit dem möchte ich auf keinen Fall verwechselt werden.

Herzliche Grüße

Franz Witsch

Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)

## **C13 Kapitel 11 und 12**

Hamburg, 22.09.2008

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger,

Das Buchprojekt zur “Politisierung des Bürgers” ist bis auf ein paar ausstehende Formalien fertiggestellt und kann im Internet vorab gelesen werden auf der Seite

<http://www.film-und-politik.de/html/politik.html>

### **Die Politisierung des Bürgers**

Zur Wahrnehmung und Produktion  
sozialer Strukturen

#### **Erster Teil**

Zum Begriff der Teilhabe

Zufrieden ist man nie, zu verbessern gibt es immer etwas. Vielleicht irren wir auch hier und dort oder hätten dies oder jenes besser zur Darstellung bringen können. Keine Sorge, wir möchten und werden uns hoffentlich verbessern. Doch worum geht’s? Es geht im großen und ganzen um den

Zusammenhang von **Teilhabe** auf der einen  
und **Analyse** im Kontext von  
**Wahrnehmung und Theoriebildung**  
auf der anderen Seite,

wobei wir Theoriebildung wiederum praktisch, das heißt, wiederum als einen der Analyse zugänglichen sozialen Sachverhalt auffassen, der dadurch, dass er analysiert wird, sich nicht gleich bleibt: buchstäblich produziert wird durch Analyse (Ist-Soll-Differenz), nicht zuletzt und auch eine Sache des menschlichen Innenlebens, das freilich, so versuchen wir mit der “Recherche” von Proust zu zeigen, nur im Kontext der äußeren Welt als der Analyse zugänglich existiert.

Doch nicht nur das; die Dinge der äußeren Welt sind und bleiben primär. In ihnen sind die menschlichen Erlebnisschichten der Vergangenheit zur Belebung der Gegenwart aufbewahrt. Um sie

geht es, wenn äußere Dinge ins Spiel kommen, wenn sie uns buchstäblich “zustoßen” durch die Vergangenheit hindurch (daher der Titel “Recherche”: Auf der Suche nach der verlorenen Zeit). Hier ist wesentlich, dass der Sozius unentwegt zerlegt (analysiert) und rekonstruiert, wenn er interagiert. Dies gilt es als “intakten” (Produktions-)Prozess zu bewahren, einen solchen herzustellen oder freizulegen, bzw. quasi-therapeutisch wieder herzustellen, wo er zerstört oder verschüttet worden ist. So was könnte man – warum eigentlich nicht? – auch “Resozialisierung” nennen.

Teilhabe ist also nicht einfach nur “dabei sein”, “da sein”: hier ein bisschen mehr Sozialhilfe und ansonsten die Schnauze halten; vielmehr setzt sie die Bereitschaft zu lernen voraus: die Entwicklung der Fähigkeit zur Analyse im interaktiven Kontext, mithin das intakte Bedürfnis, Beziehungen konstruktiv zu gestalten. So was ist in einem Wahlverein, zu dem "Die Linke" vor allem (aber nicht nur) durch ihre SED-Tradition geworden ist, nicht möglich. In dieser Hinsicht hat sie zusammen mit ihrem Vorbild Oskar Lafontaine massive Defizite. Beinahe möchte man sagen, mehr noch als andere Parteien ist “Die Linke” ein Wahlverein für Oskar. Der ist mittlerweile so weit, in der veröffentlichten Meinung zum Gegenstand der Satire zu werden, nicht zuletzt wegen seiner ätzenden Rechthaberei (“Der Spiegel” vom 15.09.2008), die die Entfaltung konstruktiver Beziehungen massiv behindert.

So streitet sich Oskar in der politischen Diskussionsendung “Hart aber Fair” über völlig belanglose Dinge wie z.B.: ob Angela Merkel nun in Moskau studiert habe oder nicht, so in der Art: lass mir meine Leiche im Keller in Ruhe oder ich zieh deine Leiche hervor; wie du mir, so ich dir; einfach nur noch peinlich. Wieso besitzt er nicht die “Größe” und gibt einfach zu, dass die SED-Tradition die politische Emanzipation heute noch massiv belastet, ohne mit dem Finger immer gleich, man möchte sagen: reflexmäßig, auf den anderen zu zeigen. Es geht doch um die Sache, nicht darum zu zeigen, dass auch der andere schuld ist. Doch an substanziellen Diskussionen ist Oskar nicht interessiert.

Schließlich will er von 30.000 alten SED-Gruffies immer wieder zum Parteivorsitzenden gewählt werden. Da ist er nicht anders als Merkel. Nun, er hat es seinerzeit verpasst, mit der WASG einen politischen Neuanfang zu wagen. Das wollte er sich in seinem fortgeschrittenen Alter nicht mehr zumuten – von ganz unten neu anfangen. Dann lieber immer weiter nur das Unvermeidliche aufsagen.

Doch das darf uns heute nicht mehr bekümmern. Wir werden im Dezember 2008 unser Buch über den [BOD-Verlag](#) ([www.bod.de](http://www.bod.de)) auf den Markt bringen. Werner Hajek aus Heide wird zuvor ein Vorwort beisteuern. Der Klappentext ist gerade fertiggestellt worden. Zusammen mit einer ihn ergänzenden Einleitung soll er in das Buch einstimmen. Mögliche Einnahmen werden dem Verein **Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.** (WASH) zufließen und, so hoffen wir, dazu beitragen, im Wahljahr 2009 die politische Meinungsbildung in Hamburg mitzugestalten.

Im abschließenden 12.Kapitel geht es im wesentlichen um eine Interpretation des Romans *“Auf der Suche nach der verlorenen Zeit”* von Marcel Proust. Unsere Lesart möchte das politisierende Potential freilegen, das dem Roman zukommt, ganz im Gegensatz zu den Romanen von Thomas Mann (den wir in diesem Kapitel einmal mehr verhandeln), und überdies im Gegensatz zur Freud-schen Analyse, die den Menschen entpolitisiert zurücklässt, sofern sie sich in ihren therapeutischen Bemühungen an der Ödipus-Konstruktion orientiert (vgl. Kap.11: Die Ödipus-Konstruktion).

Entsprechendes, nämlich einen entpolitisierten Bürger, so unsere These, hinterlässt die Politik der “Linken”. Sie ist von Anfang an bloßer Wahlverein wie jede andere Partei auch, die das politische Engagement des Bürgers fürchtet. Auch der Linke, der auf die Pfründe schießt, die mit der parlamentarischen Präsenz und vor allem mit Regierungsbeteiligungen verbunden sind, weiß, dass sein politisches Geschäft – so steht es im Klappentext – am besten auf dem Rücken eines entpolitisierten Bürgers gedeiht.

Ja, die Linken um Oskar und Gregor herum sehen und betreiben *Politik als Geschäft*. Beide leben sie – sie wollen es nun wahrhaben oder nicht – von der Politik. Sie wollen so schnell als irgend möglich richtig mitmischen, egal wie und mit welchen Sachausagen, koste es, was es wolle. Sie sind in ihren Aussagen immer weiter davon entfernt, die Gesellschaft verändern oder erneuern zu wollen, zu erkennen u.a. daran, dass Oskar Hartz4 nicht zurücknehmen möchte. Er spricht immer unverhohlener nur noch von notwendigen Korrekturen. Damit könnte Münteferings SPD durchaus gut leben. Man darf dennoch gespannt sein, was Oskar unter Korrekturen versteht. Da hält er sich aus durchsichtigen Gründen bedeckt, um eine mögliche Regierungsbeteiligung am Ende nach Gutsherrenart gestalten zu können.

Auch wenn “Die Linke” im 12.Kapitel wieder nicht gut wegkommt, möchten wir sie dennoch nicht schlechter behandeln als jede andere im Bundestag vertretende Partei. Schon gar nicht wollen wir sie dämonisieren. Wir werden weder eine Wahlempfehlung für noch gegen “Die Linke” aussprechen. Es ist uns wurscht, mit wie vielen Abgeordneten sie in die Parlamente einzieht. Ihre zunehmende Stärke indiziert allerdings eine zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die wir sehr wohl zur Kenntnis nehmen, die aber noch gar nichts besagt. Unzufriedenheit ist zwar die Voraussetzung, dass sich etwas ändern kann, besagt aber noch lange nicht, dass sich die Verhältnisse sozialverträglicher für alle ändern werden. Im Gegenteil. Unzufriedenheit kann auch zu mehr Gewalt führen, auf die die herrschenden Parteien durchaus setzen, um mit Gegengewalt reagieren zu können (Einsatz der Bundeswehr im Inneren), damit ihre Welt endlich mal wieder etwas übersichtlicher wird: hier die Guten, dort die Schlechten. Die Linke ist hier keineswegs besser. Sie setzt auf revolutionäre Verhältnisse und Bündnisse mit Terrorgruppen wie die PKK. Na, und wo im Kampf für die Guten gehobelt wird, fallen auch schon mal Späne.

Es ist in der Tat möglich, dass sich die Verhältnisse immer brutaler entwickeln. Gerade hat eine weitere Schockwelle die Finanz-

welt erschüttert. Der US-Versicherungskonzern AIG wird zugrunde gehen, er konnte nur noch durch eine 85-Mrd. Dollar-intervention der FED vor der vollständigen Zahlungsunfähigkeit gerettet werden. Der Staat wird im wesentlichen notleidende Kredite aufkaufen, vom Geld der Steuerzahler, und damit sein Geld buchstäblich verbrennen. Ferner ist die viertgrößte Investmentbank der USA, "Lehman Brothers", von der Bildfläche verschwunden. Die drittgrößte, "Merrill Lynch", wurde für rund 30 Mrd. € von der "Bank of America" aufgekauft, sonst wäre sie auch über den Jordan gegangen. Mit ein bisschen Geldpolitik wird man dieser Schockwelle also nicht mehr "erfolgreich" begegnen können, auch nicht mit ein bisschen Regulierung der Finanzströme hier oder dort. Das wäre so, als wollte man eine Tsunami-Welle mit Hilfe eines Sandhaufens zu Leibe rücken. Es wird Blut fließen, nämlich das sauer verdiente Geld der Bürger. So ist das mit Überproduktionskrisen: man glaubt tatsächlich, mit weniger Konsum (Lohn) könne man ihnen begegnen. Dass das nicht klappen kann, wusste schon Marx.

Wir glauben, dass es einer grundlegenden Korrektur des Finanzsystems bedarf, viel grundlegender als es seinerzeit nach der Weltwirtschaftskrise 1929/33 geschah, als man merkte, dass der Wert einer Währung nicht unbedingt durch Gold verbürgt werden müsse. Man wollte Geld flexibler drucken können, um es sich in Abhängigkeit zur Produktionskraft vermehren zu lassen, und zwar unabhängig davon, wie viel Gold produziert wird. Fortan sollte der Wert des Geldes allein davon abhängig sein, ob es in der Lage ist, sich im Wirtschaftskreislauf zu vermehren. Die wesentliche Eigenschaft des Geldes, als Kreditgeld in den Wirtschaftskreislauf zu gelangen, blieb erhalten. Das bedeutete aber, dass man sich in Wirklichkeit von der "*Sachbindung des Geldes*" nicht gelöst hat, es verabsäumt hat, dem Geld "*Zirkulationsfunktion*" und *nur Zirkulationsfunktion* aufzuerlegen.

Und dann tastete man mit Bretton Woods (1944/46) nicht einmal die Goldbindung richtig an. Sie endete erst 1973, als die Welt den Vietnamkrieg der USA nicht mehr mitfinanzieren wollte.

Vergeblich, denn danach verbürgte das Öl den Wert des Dollar, denn alle Länder der Welt bezahlten ihre Ölrechnung mit ihren Dollarguthaben; das erzeugte dauerhaft eine so große Nachfrage nach amerikanischen Dollar (Anleihen), dass der Wert des Dollar nie ins Bodenlose sank, zumal der durch das Öl künstlich aufrechterhaltene Kapitalimport außeramerikanische Unternehmen immer wieder dazu verleitete, in den USA zu investieren. Das geht nur so lange gut, wie die Nachfrage nach Dollar durch den in Dollar zu fakturierenden Ölhandel nicht versiegt, koste es, was es wolle. Auf dieser Basis lebten die Amerikaner bis heute auf Pump ohne sichtbare Auswirkungen auf ihr Wirtschaftsleben. Sie ließen sich bei sinkenden Steuersätzen die Konjunkturprogramme buchstäblich vom Ausland bezahlen. Noch heute gelten die Amis als die Größten, äußerlich betrachtet. So wie ein Tsunami auf dem Ozean so tut, als könne er kein Wässerchen trüben, um seine ganze Zerstörungskraft erst in Küstennähe zu entfalten.

Doch was ist, wenn Kriege oder das Drohen mit Krieg zu viel Geld verschlingen und Öl-Produzenten dazu übergehen, ihr Öl in anderer Währung als den Dollar zu verkaufen, weil sie dem Dollar nicht mehr über den Weg trauen, so dass z.B. die Chinesen ihre Dollarguthaben getrost abbauen können und trotzdem zu ihrem Öl kommen, gar in neuer Eintracht mit den Russen? Dann ist die Scheiße am Dampfen. Allein schon die latente Drohung führt zu Nervositäten an den Finanzmärkten, die sich immer weniger, nur mit sehr viel und immer mehr Aufwand (nunmehr nur noch mit harten Steuergeldern) unter dem Deckel halten lassen. Je mehr der Amerikaner (beim Arbeiten) schwitzt, fast möchte man sagen: je länger er arbeiten muss für immer weniger Konsum, desto weniger traut man seiner Wirtschaft über den Weg; am Ende bleiben die Kapitalimporte aus und, im Schlepptau dazu, mögliche (Auslands)Investitionen. Denn dass die tatsächlich stattfinden, ist durch Kapitalimporte nicht einmal verbürgt. Sicher ist nur: plötzlich müssen die Amis ihren Dreck selbst finanzieren: vor allem Kriege und – nebenbei – Lebens-

mittel. Dann zeigt sich: Blase und Krieg, um nicht zu sagen: der Tod ist ein Meister aus den USA.

Und wir? Wir arbeiten länger für immer weniger Geld, schlimmer, wir finanzieren die Folgen der US-Blase nicht zuletzt durch Hartz4 mit (da war die Schröderregierung richtig hell-sichtig, nicht wahr?). Das klappt aber nur, wenn wir unsere Öl-rechnungen weiterhin brav in Dollar abrechnen. Damit das so bleibt, drückt der Ami seinen Daumen ganz fest auf den Nahen Osten; bald auch auf den Iran? Der macht schon lange, was er will. Dabei fürchtet sich der Ami weniger vor Atomraketen, die der Iran gar nicht besitzt. Ebenso wusste er, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besaß. Als aber Saddam Hussein dazu übergehen wollte, sein Öl für andere Währungen zu verkaufen, war es um ihn geschehen. Die Amerikaner überzogen den Irak mit Krieg. Da kam ihnen der “Elfte September” gerade recht. Analog dazu wie längere Arbeitszeiten und weniger Lohn die Überproduktionskrise nicht bewältigen, gewährte der Irakkrieg den Amis, wie sich jetzt herausstellt, nur eine Atempause, zumal Öl nicht nur im Nahen Osten gefördert wird.

Pardon, aber das mit der kurzen Atempause haben uns schon die Nazis gelehrt. Die waren schon vor dem Zweiten Weltkrieg bankrott und wollten den Krieg schon aus wirtschaftlichen Gründen. Kriege werden nur aus wirtschaftlichen, nie aus moralischen Gründen geführt. Das gilt auch für den Afghanistankrieg. Damit das nicht so auffällt, vergießen Verteidigungsminister Jung und Außenminister Steinmeier hin und wieder ein paar Krokodilstränen über arme Mädchen, die in Afghanistan nun zur Schule gehen können, weil die Bundeswehr sie vor Ort beschützt. Moral und Ökonomie gehen hier hervorragend zusammen. Andere Länder wie Ruanda hatten da weniger Glück. Da mussten die Amis und Europäer mit ihrer Moral im Gepäck, aber ganz ohne ökonomische Argumente zusehen, wie mindestens 800.000 Menschen abgeschlachtet wurden.

Es ist überhaupt problematisch, den Wert einer Währung mit Hilfe von “wertvollen Sachen”, ob nun mit Gold oder Öl, zu ver-

bürgen. Es gibt allerdings ein Kriterium, das zuverlässig und sozialverträglich zugleich den Wert einer Währung verbürgen kann; das ist die Produktionskapazität eines Landes, genauer: die Fähigkeit eines Währungsraums, Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Die innere Logik dieses (geldpolitischen) Ansatzes sei in kurzen Strichen wie folgt beschrieben:

Hinter der Kreditkrise verbirgt sich in Wahrheit eine Überproduktionskrise, die sich immer massiver seit den 1990er Jahren aufgebaut hat, und insbesondere in den USA durch ein Leben auf Pump verschleiert wurde. Ihre bösen Folgen wurden und werden, so lange wie irgend möglich, in die Zukunft verschoben, mithin verdrängt, durch ein Leben auf Pump im Zusammenspiel mit den sogenannten Agenda-2010-Reformen (Hartz4), hinter denen sich de facto Sozial- und Lohnabbau verbirgt; wenn man das Geld den Ärmern nimmt, muss man sich weniger pumpen. Vergeblich. Ein Leben auf Pump macht unersättlich. Wie ein Junkie nach immer mehr Stoff schreit der Kreditnehmer nach immer mehr Krediten, und produziert dadurch Blasen, die ihrerseits, in einer Art "neoliberalem Deficit-Spending", das vergebliche Bemühen anzeigen, die Wirtschaft anzutreiben, im Leerlauf, will sagen: der Treibriemen des Wirtschaftskreislaufs ruht auf Kreditblasen, denen man am Ende nicht mehr über den Weg traut. Dann wollen plötzlich alle Gläubiger ihr Geld zurückhaben; dann erst merken die Menschen, dass sie auf der Basis verbrannten Geldes wirtschaften und sich zu allem Überfluss auch noch völlig vergeblich zu Tode geschuftet haben. So mancher hört nicht auf, sich zu Tode zu schuftet. Er will kein Sozialschmarotzer sein und denkt, wenn er mehr und länger arbeitet, stehe er auf jeden Fall auf der richtigen Seite. Falsch, am Ende steht er nur da – gar ohne Arbeit – und hat immer weniger bis nichts, überdies immer weniger Rente, Krankenversicherung und Pflege (im Alter).

Blasen haben die Eigenschaft, dass sie die realen Vorgänge in der wirtschaftlichen Entwicklung verschleiern – im Guten wie im Schlechten. Seit sich Blasen (Finanz-, bzw. Kreditkrisen) zunehmend immer wieder aufbauen (vgl. dazu: Eric Janszen:

Die Bubble-Ökonomie, JAE-DBO), sind Konjunkturzyklen immer weniger sichtbar. Dafür bekommen wir es mit immer massiver aufeinander folgenden Blasen zu tun, die sich überdies immer weiter hochschaukeln bis hin zur fundamentalen Strukturkrise in der realen Wirtschaft. Freilich, bis alles danieder liegt, baut die Finanzwelt die Blasen immer wieder auf. Jede Blase soll die realen Folgen der vorangegangenen Blase abfedern, auf zunehmender Stufenleiter, bis am Ende auch die Spargroschen der Bürger in den (durch Blasen verschleierte) Überproduktionskrisen verbrannt werden.

Aber nicht nur die Groschen der kleinen Leute werden durch die Kreditkrise verbrannt, auch, wie man sieht, große (Geld)Vermögen großer Finanzhäuser. Das Geld steht dann einer zahlungskräftigen Nachfrage zur Stützung der Produktion nicht mehr zur Verfügung. Es verliert seine Zirkulationsfunktion. Da würden auch keine Konjunkturprogramme mehr helfen. Die gibt es nämlich auch nur auf Kredit. Gleichfalls nützt es nichts, die Gelddruckmaschine in Gang zu schmeißen, denn die funktioniert auch nur auf der Basis von Kreditgeldschöpfung, also in Zeiten der Kreditkrise immer weniger bis gar nicht mehr. Dabei ist wesentlich, dass das Geld aus der Zirkulation heraus den Weg nicht mehr in die reale Wirtschaft findet, wegen der Überproduktion auch nicht sucht, stattdessen lieber versucht, sich innerhalb der Zirkulation aus sich selbst heraus zu vermehren, was natürlich auf Dauer unabhängig von der Produktion nicht klappen kann. Schließlich hat das, was in der Zirkulation (Finanzsphäre) geschieht, mit dem, was in der Produktion los ist, nicht mehr das geringste zu tun. Dann hat sich das Geld seiner Zirkulationsfunktion, für den Produktionszyklus da zu sein, entledigt.

Was wir daher brauchen, ist ein grundlegender Strukturwandel des Finanzsystems, grundlegender als damals nach der Weltwirtschaftskrise 1929/33, als man sich nicht nachhaltig löste von der Regel, den Wert des Geldes an "wertvollen Sachen" zu binden (Gold oder Öl). Das alternative Prinzip besteht in folgendem:

Geld darf nicht deshalb gedruckt werden können, weil es eine "Sache" gibt, die seinen Wert verbürgt, sondern um die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen entsprechend der Leistungsfähigkeit der Produktion (und damit inflationsneutral) zu stützen. Mit anderen Worten: Geld wird gedruckt aufgrund der Fähigkeit zu produzieren (Produktionskapazität), nicht aufgrund von "Sachen", die produziert werden oder besser: worden sind, das sind vollendete Tatsachen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können und nichts darüber aussagen, wie es um künftige Produktionsfähigkeiten bestellt ist; die ändern sich unter der Bedingung, dass die Regeln der Kapitalverwertung umfassend gelten, immerzu, und zwar in der Regel zum Nachteil der Arbeitnehmer (Bildungsmisere, Sozialabbau, Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland). Auf (vollendete) Tatsachen, auf das, was ist, auf Klientelinteressen, guckt der einfältige Blick der (bürgerlichen) Ökonomie, seit es sie gibt, auf (Tat)Sachen, die schwarz auf weiß vorliegen, anstatt darauf zu setzen, was Menschen und mit ihnen ihre Wirtschaft zu leisten in der Lage sind. In der Analyse des bürgerlichen Ökonomen gibt es aber keine Ist-Soll-Differenzen. Alles ist immer nur so, wie es ist und immer schon war, selbst dann, wenn die Welt sich de facto jeden Tag ändert, am Ende gar zusammenbricht, weil sie die Schnauze voll hat. Für den Ökonomen dreht sich die Welt dann falsch, während er sein Denken einfältig im Kreise drehen lässt.

Auch Merkel schaut nur auf Tatsachen und wird darüber sogar zur Kritikerin der USA; sollte man gar nicht für möglich halten. Nun, sie kritisiert wenigstens schon mal, wenn auch im Gestus eines hirnlosen Anti-Amerikanismus: Die Amis hätten die Verluste ihrer Finanzinstitute über die ganze Welt verteilt, so dass wir alle weniger haben. Da lachen doch die Hühner: als ob die mit einem Schlag keine Eier mehr legen können, nur weil der Ami seine Dollars verbrannt hat und immerzu weiter verbrennen will. Müssen wir deshalb unsere Euros mitverbrennen, Selbstmord machen, weil der Ami Selbstmord macht, Kriege führen, weil der Ami Kriege führt? Warum das Geld nicht einfach drucken, wenn

es zur Stützung der zahlungskräftigen Nachfrage nicht mehr ausreichend zur Verfügung steht? Erst damit würde man die wesentliche Voraussetzung schaffen, der Zockerei an den Börsen ein Ende bereiten zu können. Dann hätten wir zumindest schon mal Verhältnisse, in denen Überproduktionskrisen im Moment ihrer Entstehung sichtbar wären. Immerhin, besser als nichts. Doch will man die Zocker nicht verärgern. Dann lieber mehr und völlig sinnlose Bürokratie: sinnlos irgendwie irgendwas regulieren, aktionistisch im Nebel rumstochern, anstatt die Probleme an ihrer Quelle anzugehen.

Unser Ansatz einer "Autonomisierung der (Euro)Währung" setzt auf "Fähigkeiten zu produzieren" und schließt zugleich ein, dass das gedruckte Geld in die Wirtschaft gegeben werden kann ohne die Auflage, sich vermehren zu müssen (Wachstumsfetisch), um am Ende immer wieder Blasen zu produzieren, die, wenn sie platzen, die zahlungsfähige Nachfrage (das Geld der Bürger) verbrennen. Denn merke: Geld produziert kein Geld; es wächst in Wahrheit aus der Produktion, die ihrerseits nur auf *eine "intakte" zahlungsfähige Nachfrage nach Verbrauchsgütern* sozialverträglich reagiert, vorausgesetzt, es kann produziert werden, bzw. die Produktionskapazitäten sind vorhanden (was nicht selbstverständlich ist). In den USA sind sie wahrscheinlich nicht mehr intakt. Da macht General Motors mal eben einen Quartalsverlust von 10 Mrd. Dollar (wahrscheinlich noch geschönt), als sei das nichts. Geht doch, solange man – auf Pump – vom Rest der Welt leben kann.

Wesentlich ist: unter der Voraussetzung intakter Produktionskapazitäten ist die *Nachfrage nach Konsumgütern* primär zu bedienen, primär durch die Finanzierung hochwertiger Arbeitsplätze in der (sozialen) Infrastruktur, unter anderem Lehrer, (Vorschul)Erzieher, Ärzte, Pfleger, Therapeuten (...), Schulen, Universitäten, Kommunikation, Verkehr, etc. Doch was macht man stattdessen? Man bedient ein marodes Finanzsystem (auf dem Rücken des Bürgers), obwohl diesem Finanzsystem die Produktion (die "Fähigkeit zu produzieren") völlig egal ist und schon immer völlig egal war. Man weiß wahrscheinlich längst, dass nichts mehr zu

retten ist, man bedient die Finanzmärkte trotzdem noch eine Zeitlang, mit harten Steuergeldern, um den Zockern Zeit zu geben, ihr wertloses (Papier)Vermögen mehr schlecht als recht zu retten, in harte Währung umzutauschen, um das harte Geld dann auch noch irgendwo zu verstecken, z.B. auf der Kanalinsel Jersey, im wohl reichsten Land Europas.

Doch merke: früher war keineswegs alles besser, im Gegenteil, Verlierer hat es ganz massiv immer gegeben; die Steinschläge kommen jetzt aber immer näher an uns heran. Wir haben es lange, zu lange Zeit nicht wahrhaben wollen, in welcher Welt wir eigentlich leben.

Kommen wir zu den außenwirtschaftlichen Randbedingungen unseres Ansatzes einer €-Autonomisierung: Natürlich funktioniert eine an der "Fähigkeit zu produzieren" (Produktionskapazität) orientierte Gelddruckmaschine nur unter der Voraussetzung, dass die außenwirtschaftlichen Beziehungen (eines Währungsraumes) politisch so gestaltet werden, dass sie für alle beteiligten Handelspartner zum Vorteil gereichen und zwar zum Vorteil der Bevölkerung, nicht der Konzerne. Dazu ein Beispiel: Es bringt nichts, wenn es in Brasilien Monokulturen für Sojabohnen gibt, die hier in Europa unseren Schweinen zum Fraß vorgeworfen werden, während die Menschen in Brasilien neben ihren Monokulturen hungern. Das gleiche gilt für alle andere Kulturen wie Kaffee oder Baumwolle. Der Ruf nach gerechteren Preisen für Baumwolle oder Kaffee ist zwar schön und gut, aber leider nur gut gemeint: er bringt auf Dauer nicht viel, wenn die Menschen bei uns die teureren Endprodukte nicht mehr bezahlen können und wenn, dann ist nicht gesichert, dass die höheren Einnahmen nicht in den Taschen von Konzernen, Börsenzockern oder korrupten Ländern wie Jersey auf Nimmerwiederschen versickern oder einfach nur verbrannt werden.

Das schließt ein: der sogenannte "freie Handel" ist nie sozialverträglich. Abgesehen davon, dass er eine Fiktion ist und immer, wenn das Wort "frei" ins Spiel kommt, irgendwelche Sonderinteressen bedient, nur nicht die Interessen derjenigen, die immer

länger arbeiten, arbeitslos oder unterbeschäftigt sind, führt er dazu, dass soziale und ökonomische Strukturen – nicht so schnell wieder aufbaubar – zerstört werden, dann nämlich, wenn Produktionen (bald nicht mehr nur Halbfabrikate) sich in die sogenannten Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien verlagert haben, weil es dort Kinderarbeit, extrem niedrige Löhne und auch sonst keine menschenwürdigen Sozialstandards gibt. Werden die Waren unter Einhaltung von Sozialstandards produziert, können sie sozialverträglich importiert werden. Das bedeutet aber auch: wir müssen eben jene Waren, die wir importieren, zur Not auch hier produzieren oder darauf verzichten können, dann, wenn andere Länder Sozialstandards verweigern sollten. Das klappt nicht zu 100%. Aber wahrscheinlich schon 80% oder noch weniger würden einen ausreichenden Druck erzeugen können, die Wirtschaft insgesamt – länderübergreifend – sozialverträglicher zu gestalten. Das wichtigste ist zu erreichen, dass die Landwirtschaft primär für die Menschen vor Ort (Über)Lebensmittel produziert. Und überhaupt muss der Käse nicht dreimal um die Welt transportiert werden, um seinen Verbraucher zu finden.

Daraus ergibt sich ein zweiter Grundsatz: die realen Handelsströme müssen politisch reguliert werden, nicht die darüberliegenden Finanzströme, auch wenn nichts dagegen spricht, Leerverkäufe oder anderen Dreck an den Börsen zu verbieten. Doch gedeihen Finanzströme in ihren grotesksten Formen nur nachhaltig, wenn wir die Außenhandelsbeziehungen politisch nicht sozialverträglich für alle Länder gestalten. Finanzströme zu kontrollieren und die Regulierung der realen Ströme außen vor zu lassen, obwohl die viel wichtiger sind, hieße, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Wir brauchen Kontrolle primär dort, wo wir auf die Dinge unmittelbar Einfluss nehmen können, nicht erst dann, wenn wir nichts mehr ändern können, bzw. wenn wir vor quasi-vollendeten (produzierten) Tatsachen stehen (wenn, um mit Marx zu sprechen, die Waren produziert sind und sich in Geld verwandeln müssen).

Die ganze Sache sei wie folgt abgerundet: wird der Handel politisch nicht sozialverträglich reguliert, um damit unmittelbar auf die Produktion Einfluss zu nehmen, bilden sich Produktionsstrukturen aus auf der Grundlage des Prinzips "beggar-my-neighbour" (den Nachbarn zum Bettler machen), ein Prinzip, das Wachstum braucht, um die zunehmend negativen Folgen dieses menschenverachtenden Prinzips in die Zukunft zu verdrängen, bis sie so groß anwachsen, dass sie auf uns unerbittlich zurück schlagen. Daraus ergibt sich der Wachstumsfetisch, die Notwendigkeit von Wachstum, am Ende ohne Sinn und Verstand, koste es, was es wolle; dies ist die wesentliche Grundlage aller bisherigen Politik. Aus dem Wachstumsfetisch folgt nicht zuletzt der hirnlose Spruch von Merkel: alles, was Arbeit schafft, ist sozial.

Schließlich möchten wir zum Thema dem interessierten Leser ein paar Texte (im Anhang) zur Verfügung stellen, die aus den Internetportalen

[www.welt.de](http://www.welt.de)

[www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com)

stammen, vor allem aber der Aufsatz von Eric Janszen sei unseren Lesern ans Herz gelegt. Er hat den vielsagenden Titel *"Die Bubble-Ökonomie: wie man die Märkte für den großen Crash von morgen präpariert"*. In Ergänzung dazu möchte ich den Dokumentarfilm

**"Let's make Money"**

von Erwin Wagenhofer

empfehlen, der in Deutschland am 30.10.2008 anlaufen wird. Sein Autor hat auch den preisgekrönten Dokumentarfilm

**"We feed the World – Essen global"**

[www.essen-global.de](http://www.essen-global.de)

gemacht, einen der erfolgreichsten österreichischen Dokumentarfilme, der in Deutschland über 400.000 zahlende Besucher gefunden hat. Natürlich muss man nicht mit allem einverstanden sein. Doch das macht nichts. Lehrreich und informativ sind die Texte und Filme allemal. In diesem Sinne

herzliche Grüße

Franz Witsch, Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)

## **C14 Vorwort und Einleitung**

Hamburg, 18.11.2008

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger,

kürzlich ging mir von Jürgen Elsässer eine EMail zu mit der Bitte um Weiterleitung, in der er für sein neues Buch "Terrorziel Europa – Das gefährliche Doppelspiel der Geheimdienste" Werbung machte. Elsässer brandmarkt radikale Einschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte in vielen westlichen Ländern seit dem 11. Sept. 2001. In seinem Schreiben heißt es:

*“In Deutschland wurden seit der Kampagne um die sogenannten Kofferbomber 2006 und die sogenannten Sauerlandgruppe 2007 weit reichende Gesetzesvorhaben beschlossen oder auf den Weg gebracht. Fluchtpunkt ist die Installierung einer Geheimen Datenpolizei, die alles sammeln, mit Bild und Ton speichern und verwerten darf, was die Bürger am Telefon, über Internet, auf ihrem Computer oder in ihrer Wohnung äußern. Biometrische Personaldokumente, Videüberwachung und Auto-Kennzeichenerfassung ermöglichen die Erstellung von Bewegungsprofilen und Kontaktnetzen. Big Brother weiß alles über uns.”*

Ich finde Werbung in eigener Sache legitim. Was mich bei Jürgen Elsässer indes beunruhigt, ist nicht das, was in seiner Mail steht. Seine Glaubwürdigkeit macht mir Kopfzerbrechen. Ich reagierte auf seine Mail wie folgt:

*”Lieber Jürgen, ich finde, man kann sich gar nicht genug wehren gegen einen Polizeispitzel-Staat, gegen etwas, was in der DDR mit viel weniger technischer Unterstützung in der gesamten Gesellschaft körperliche Realität war. Das Problem: mit der Linken um Lafontaine und Gysi kann man Widerstand kaum glaubwürdig in die Gesellschaft tragen, wenn führende Vertreter der Partei DIE LINKE Bespitzelungen unter ihresgleichen für einen ganz normalen innerparteilichen Vorgang halten, so wie in der Hessischen Linken. Dazu das folgende Video, das mir von Wolfgang Theophil aus Karlsruhe zugeht:”*

[http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/video\\_archiv5300.jsp?key=standard\\_document\\_35694372&jmpage=1&type=v&r=10&rubrik=5300&t=20081106&y=2008&jm=5&mediakey=fs/hessenschau/20081106\\_skandal](http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/video_archiv5300.jsp?key=standard_document_35694372&jmpage=1&type=v&r=10&rubrik=5300&t=20081106&y=2008&jm=5&mediakey=fs/hessenschau/20081106_skandal)

Ich fügte hinzu, merkwürdig sei,

*“dass man von dir kaum kritische Töne zur LINKEN vernimmt. Dieses Video hältst du vielleicht nur für einen bedauerlichen Einzelfall. Ich weiß es nicht. Dennoch, Kritik ist vor allem an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der LINKEN angebracht. Dort haben sie ihre Leichen im Keller, die noch viel unerträglicher stinken.”* Ich sagte ihm ferner, wenn ich seine Mail weiterleiten würde, *“müsste ich mich rechtfertigen, warum ich auf einem Auge blind bin. Mir würde so etwas Probleme bereiten. Dir nicht? Vielleicht ja doch, ich weiß es nicht. Man hört von dir in dieser Beziehung leider nichts.”*

Jürgen Elsässer setzt sich für mich dem Verdacht aus, seine Fahne – je nach Konjunkturlage – in den Wind zu hängen. Früher hörte man schon mal Kritisches von ihm, als es um die Fusion von WASG und PDS ging. Was ich von ihm in letzter Zeit mitbekomme, ist, dass er Lafontaine nach dem Munde redet. Dies entkräftet auch nicht die folgende Antwort, die er mir zukommen ließ:

*“Lieber Franz Witsch, mein Buch 'Angriff der Heuschrecken' enthält doch eine ganz dezidierte Kritik an der Linken, und auch Kommentare wie der beiliegende (aus: Junge Welt, Januar 2008). Keine Sorge, ich beobachte die Vorgänge im Sumpf sehr genau.”*

Es kann nicht nur um Sümpfe gehen, um Kohle, die es zu retten gilt, wie jetzt bei der Milliardenbürgschaft für Opel, sondern es müssen Strukturkonzepte sichtbar gemacht werden, die nachhaltig tragen. Diese gehen in der Steuer-, Lohn- und Subventionspolitik allein nicht auf. Nachhaltigkeit lässt sich nicht entlang von Skandalen entwickeln, wie es uns der herrschende

Mainstream, der auf dem Skandal sein Geschäft gründet, weismachen will, und dem sich Elsässer aus durchsichtigen Gründen verbunden fühlt. Das ist eindeutig zu wenig und alles andere als kritisch.

Was nicht heißt, dass Skandale einem egal sein müssen oder man über sie nicht berichten sollte. Genauso wie nachhaltige Strukturkonzepte eine Steuerpolitik gegen Reiche und Konjunkturprogramme (die auch kreditfinanziert sein dürfen, um auf die Schnelle das Schlimmste zu verhindern) um Gottes Willen nicht ausschließen. Allein, dies alles würde schon auf mittlere Sicht nicht einmal mehr ausreichen, den Mittelstand zu retten, geschweige denn die Ausgemusterten und an den Rand gedrängten Menschen in die Gesellschaft integrieren können; es hat uns seit den 1970er Jahren nicht weitergebracht.

Nun, ich habe Elsässers Heuschreckenbuch nicht gelesen, doch der beiliegende Kommentar (siehe Anhang oder **ELJ-RUK**) ist alles mögliche, nur nicht die Spur eines Belegs für Kritik, weder an der Spitzelpraxis der Linken und schon gar nicht an ihrer unsozialen Politik. Diese ist unvermeidlich, wenn Strukturpolitik allein nur in steuer- und kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen aufgeht.

Für mich stellt sich die Frage, wie man gegen Spitzelpraxis und Polizeistaat auf die Straße gehen soll mit Leuten, die zu sich selbst und ihrem Verein, den sie vertreten, kein kritisches Verhältnis entwickeln, vor allem keines zu innerparteilichen Spitzelgewohnheiten. Es drängt sich den Eindruck auf, die lernen nichts dazu. Im Gegenteil, man muss damit rechnen, dass Lafontaine auf unangenehme Reporter-Fragen mit der Bemerkung antwortet, man solle ihm gefälligst keine unverschämten Fragen stellen. Hat er vielleicht schon mal in Erwägung gezogen, dass er auf immer gleiche Fragen noch immer keine zureichende Antwort gegeben hat? Unerträglich, diese Art. Lieber verhungere ich, bevor ich mit ihm und seinesgleichen demonstriere. Da bin ich wie der ängstliche und politikverdrossene Bürger. Für den schreiben und sprechen wir und das heißt: auch für uns! Für Aus-

gegrenzte, die sich zum Teil selbst ausgegrenzt haben: die aus Frustration nicht mehr wählen gehen, nicht mehr auf die Straße gehen, weil an die keiner – nicht einmal mehr die Straße – denkt. So fühlen wir uns, so verstehen wir uns in unserem politischen Verein “Wahlalternative Soziales Hamburg” (WASH), und so wollen wir unser Buchprojekt

## **Die Politisierung des Bürgers**

Zur Wahrnehmung und Produktion  
sozialer Strukturen

### **Erster Teil:**

Zum Begriff der Teilhabe  
([www.film-und-politik.de](http://www.film-und-politik.de))

verstanden wissen: als ein Buch für den Bürger und für uns selbst, um uns als Bürger mit dem Bürger zu entwickeln. Wir sind nicht besser als der Bürger, den wir auf der Straße erreichen wollen. Wir haben ihm gegenüber nicht die Weisheit mit Löffeln gefressen. Das meinen wir bitter ernst. Das mag derjenige besser ermessen können, der unser Buch liest.

Schon die Einleitung spricht denn auch gleich im ersten Satz **nicht** von einem konkreten Bürger, sondern von einem solchen als Abstraktum. Was dieses unbekannte Wesen – der Bürger als schöne Vorstellung – wert ist, kann sich immer nur retrospektiv in der tätigen sozialen Praxis zeigen – zum Beispiel in der sozialen Praxis auch eines Oskar Lafontaine, wenn er Reporter anraunzt, weil er sich ungerecht behandelt fühlt, dem Grunde nach aber zu empfindlich ist, um auf kritische Fragen unbefangen zu antworten. Ich möchte es mal so ausdrücken: die soziale Praxis muss immer wieder erneut zeigen, dass einem die Würde anderer Menschen am Herzen liegt. Dieser Gedanke durchzieht die Einleitung sowie das ganze Buch, aber auch schon das Vorwort von Werner Hajek.

Kurzum, der Bürger ist keine bloße Sache, vor allem keine solche, die ein für alle mal herzustellen ist, hergestellt oder zurechtgebastelt werden kann, um sie am Ende nach Gutdünken zu instru-

mentalisieren für eigene machtpolitische Zwecke, im Buch sagen wir: für eigene Bestandsinteressen, resp. gefühlte Bestandsregungen. Das ist dem Grunde nach ein christlicher Ansatz, der allerdings den lieben Gott nicht braucht. Ein “vernünftiger” Gott oder Glaube würde aber auch nicht stören, zumal dann, wenn er in der Lage ist, sich für eine bessere Gesellschaft im Hier und Jetzt – glaubhaft! – einzusetzen.

“*Die Politisierung des Bürgers*” steht kurz vor der Fertigstellung. Werner Hajek aus Heide hat es mit einem Vorwort bereichert. Insbesondere eine Stelle seines Vorwortes möchte ich zitieren, in der er die Essenz des “*Exkurses zur Geldtheorie*” wunderbar herausgearbeitet hat, so dass ich mir darüber in der Einleitung keinen Kopf mehr machen musste. Die Stelle lautet wie folgt:

*“Die 'einfach zu behebbenden Strukturfehler' nehmen als Echo auf die Finanzkrise viel Raum in einem längeren Exkurs ein. Anders als Frau Merkel und ‘Die Linke’ zieht der Autor dabei keine wesentlichen Gegensätze zwischen dem, was von braunen Propagandisten das 'raffende und das schaffende Kapital' genannt wird. Die spielsüchtigen Zocker in der Wallstreet und in deutschen Staatsbanken sind bei Witsch nicht Urheber, sondern Produkte der Störung. Ihre Zügelung kann den Strukturfehler nicht heilen. Witsch unterscheidet zwar auch zwischen der Produktions- und der Finanzsphäre, bei Marx Zirkulationsphäre genannt. Aber beide Bereiche sieht er, ganz Marx-Schüler, gleichermaßen einem destruktiven Zwang zur Mehrwertrealisierung unterworfen. Sein Rezept ist deshalb die Befreiung des Geldes vom Zwang, sich zu rentieren. Das 'autonom' gewordene (Euro-) Geld wird nur noch als Schmiermittel des Marktes eingesetzt, seine Menge hat sich am Produktionspotential der Volkswirtschaft zu orientieren. Der Konsum hat die Produktion zu bestimmen. Stattdessen geht es jetzt um verselbständigte Produktion, die den Konsum sucht, nicht regelmäßig finden kann und daher in Überproduktionskrisen endet. Die werden durch Spekulationsblasen nur verdeckt. Dadurch erscheint die Produktionskrise als bloße Markt- bzw. Finanzkrise und das Problem des Arbeitslosen als bloßes Preisproblem seiner Arbeitskraft. Wie all diese Gedanken alltagspraktisch umzusetzen sein könnten? Eine gute Frage.”*

Besser kann man – auf so engem Raum – die technisch-ökonomische Systemproblematik nicht auf den Punkt bringen. Keine Frage, dass ich mich mit diesem Vorwort geehrt fühle.

Solche Gedanken sind für “Die Linke” allerdings zu hoch. Die Kritik, die wir im Buch an den Linken üben, wird durch ihre “moralische Praxis”, der Spitzelfall aus Hessen zeigt es, noch übertroffen. Dennoch möchte ich die Kirche im Dorf lassen. Für mich ist die Linke exakt so unerträglich wie alle anderen im Bundestag vertretenden Parteien, nicht mehr, nicht weniger. Alle arbeiten sie auf den heraufziehenden Polizeispitzelstaat hin, nach DDR-Vorbild, und sie sind alle gleichermaßen verantwortlich für die heraufziehende Wirtschaftsdepression (in der Konjunkturprogramme allein nicht mehr greifen), Gewerkschafter, Betriebsräte und Manager eingeschlossen. Die Depression ist seit den 1970-er Jahren ganz augenfällig hausgemacht: seit vierzig Jahre hat man es verabsäumt, sich um ein politisches Konzept zu bemühen, das unsere Wirtschaft struktur- und systemtechnisch berührt. Es besteht somit kein Anlass, “Die Linke” zu dämonisieren oder das Engagement in ihr besonders zu verteufeln. Es ist einfach nur nicht von Substanz getragen.

Dass ich mit den Linken nichts machen möchte, kann man als einen persönlichen Protest von mir auffassen. Das Buch setzt sich nicht zum Ziel, das politische Engagement aus der Linken heraus zu vertreiben. Im Gegenteil, für meine Begriffe ist ein politisches Engagement gar nicht oder viel zu wenig ausgeprägt. Wir wollen, im Gegenteil, das politische Engagement in der Linken wie in jeder anderen Partei beleben, nur eben nicht innerhalb dieser Strukturen. Denn dort werden Menschen nur instrumentalisiert oder nicht ernst genommen.

Für mich persönlich ist ferner richtig, dass ich mittlerweile zu alt bin, um mich in den Parteien permanent verschleifen und instrumentalisieren, um nicht zu sagen: immer wieder in der gleichen Weise verletzen zu lassen. Das würde meiner ohnehin angeschlagenen Gesundheit nicht gut tun.

Wie dem auch sei. Ich hoffe, dass Jürgen Elsässer in der Lage ist, meine Kritik an ihm in den eben beschriebenen Kontext einzuordnen. Ohne sie abschwächen zu wollen, würde ich es begrüßen, wenn es der Linken zusammen mit den anderen Parteien gelänge, etwas für die menschliche Würde zu tun, z.B. wenn die Hartz-IV-Gesetze abgeschafft würden. Dafür, dass diese Forderung in der Linken unverrückbar vertreten wird, gibt es allerdings immer weniger Anzeichen, – zumal dort, wo sie mitregiert. Im Gegenteil, in Berlin betreibt sie mit der SPD unsoziale Politik. Das würden sie auch im Bund machen, mehr noch in einer Wirtschaftsdepression, die uns allen noch bevorsteht, zumal “Die Linke” genauso wie alle anderen Parteien ohne schlüssiges Konzept ist, das auf gesellschaftliche Erneuerung zielt, weder moralisch, noch technisch-ökonomisch.

Doch merke, auch in der WASH stirbt die Hoffnung zuletzt.

Herzliche Grüße

Franz Witsch, Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)

### **C14.1 Stellungnahme (Friedhelm Illian, Hessen)**

Hallo Franz Witsch,

da Du auf DIE LINKE eingehst, überlasse ich Dir einmal einen Flyer aus dem Jan. 2006 (siehe **ILF-FLY**) zur hessischen Kommunalwahl. Als wir diesen Flyer vorstellten, da kam es zur Konfrontation in der damaligen WASG. Bewusst hatten wir auch zur Kommunalwahl das Kapitel Menschenrechte erwähnt. Durch unseren Aufruf "Für eine neue Linke" wollten wir alle Kräfte dazu bringen, sich bedingungslos der deutschen Geschichte zu stellen. Wir hatten mit diesem Flyer in das sogenannte "Wespennest" gestochen. Es gab jede Menge Beschlüsse, Absprachen von oben herunter, dieser Flyer dürfe nicht zugelassen werden. Wir haben ihn trotzdem in einer Auflage von ca. 3000 Stück verteilt.

Durch lange politische Tätigkeit, gerade bei den Konferenzen vor Demonstrationen "Aufrufe" zu verfassen (70er und 80er Jahre ),

musste heraus gearbeitet werden, wer sich denn alles in dem Becken der WASG gesammelt hat. Das Bild des erschossenen Peter Fechter war genau der Punkt, wo sich die Personen, welche dieses nicht wollten, meldeten.

Schnell war klar, dass die DKP vorhanden war. Sie hatte damals als Organisation sich nicht von den Menschenrechtsverletzungen in der DDR distanziert, im Gegenteil, sie hat sie verteidigt. Für uns war klar, diese Organisation wird kein neuer Aufbruch sein, sondern die Knechte und Folterer sollen endlich in diesem Land ankommen.

Wer sich mit den Anfängen der BRD beschäftigt hat, sieht hier Parallelen. Damals wurden die Faschisten in die Ämter geholt, heute die Stalinisten. Leider bestand damals überhaupt kein Interesse der Medien daran, obwohl wir es mit unserer relativ kleinen Logistik versucht haben.

Durch den Austritt der Kreisabgeordneten Pfeil haben wir es durch gute Beziehungen zum hessischen Fernsehen zumindest diesmal geschafft, dass eine breitere Öffentlichkeit dieses zur Kenntnis nehmen konnte. Wir kennen genügend Opfer aus der DDR, privat in meiner Familie, aus der Nazizeit, ebenso aus der DDR. In Deutschland scheint es so zu sein, dass Opfer immer auf der Strecke bleiben. Die Gesetzgebung ist so angelegt.

Tätern stehen alle Möglichkeiten offen, alles wird ihnen vom Staat bezahlt. Die Opfer auch von sogenannten normalen Straftaten bekommen oftmals nicht einmal einen gesetzlichen Rechtsbeistand. Solange dieses so bleibt, werden Opfer, egal ob durch politisch motivierte Taten oder andere Gewaltdelikte, immer auf der Strecke bleiben.

Wir sind Ende April 2006 aus der WASG ausgetreten, einige, welche nicht soviel Erfahrungen hatten, mussten erst selbst erleben, wie geschulte Kader intern arbeiten. Das positive daran ist, dass die Betroffenen hieran gewachsen sind. Nach meinen Informationen werden in Hessen, auch in Südhessen, weitere Mitglieder der LINKSPARTEI ihre Organisation verlassen.

Die heraufziehende Wirtschaftskrise könnte gerade in Deutschland enorme Auswirkungen haben. Die Chance, jetzt an der Ungerechtigkeit im Innern etwas zu ändern, wird vertan, weil keine Organisation vorhanden ist, die dieses angehen möchte. Unsere Sozialen Systeme stehen vor dem Kollaps, zusätzlich wegen dem demographischen Faktor. Es ist höchste Zeit, für eine einheitliche Krankenkasse, ein einheitliches Rentensystem zu kämpfen und das alles durchzusetzen. Das wird aber, auch wenn es manche Parteien in ihren Wahlprogrammen haben, nicht grundsätzlich verfolgt.

“DIE LINKE” ist unglaublich, weil Sie in der Praxis auf die sogenannte "Verelendungsstrategie" setzt. Die Diskussionen sind z.T. widerlich. "Man braucht nur eine bestimmte Anzahl von 'Lumpenproletariat', dann stehen wir an der Spitze". So eine Einstellung ist das Allerletzte. Sie gehört bekämpft. Im Innern ist diese Partei für mich reaktionär, auch wenn kleinere Grüppchen Zukunftsvisionen erarbeiten. Sie haben aber relativ wenig bis gar keinen Einfluss.

Mit freundlichem Gruß  
Friedhelm Illian

## **C15 Im Buchhandel: Die Politisierung des Bürgers**

Hamburg, 18.01.2009

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger,

Es ist geschafft. Unser Buch (220 Seiten)

### **Die Politisierung des Bürgers**

Zur Wahrnehmung und Produktion  
sozialer Strukturen

#### **Erster Teil:**

Zum Begriff der Teilhabe

([www.film-und-politik.de](http://www.film-und-politik.de))

ist im BoD-Verlag ([www.BoD.de](http://www.BoD.de)) erschienen und kann zu einem Preis von **16,75 €** unter der **ISBN 978-3-8370-4369-3** bestellt werden; ab sofort in allen gängigen Online-Buchläden, z.B. bei [buecher.de](http://buecher.de), [buch.de](http://buch.de), [libri.de](http://libri.de), [amazon.de](http://amazon.de), etc., und natürlich im Buchshop des BoD-Verlags ([www.bod.de](http://www.bod.de)). Beim Buchhändler ebenfalls; wie lange die Lieferzeiten sind, ist von Händler zu Händler unterschiedlich (7 Tage bei [www.Libri.de](http://www.Libri.de)).

Den Lesern unserer Bürgerbriefe möchten wir das Angebot machen, das Buch ab dem **13.Feb.2009** direkt von uns zu einem Preis von **14 €** zu beziehen; bei einer Bestellung von wenigstens **5 Exemplaren** zu einem Preis von **12 €** pro Buch (immer inkl. Versand). An diesem Tag werden wir eine Kleinauflage von max. 200 Exemplaren beim BoD-Verlag bestellen.

Die Bestellung muss schriftlich (per E-Mail) erfolgen. Sie muss die Lieferadresse und, wenn möglich, die Tel.Nr. enthalten. Sie bekommen daraufhin per E-Mail eine Auftragsbestätigung zugeschickt. Ohne Bestätigung von unserer Seite kann es sein, dass wir Ihre Bestellung (aus irgendwelchen Gründen) nicht erhalten haben.

Bitte haben Sie Verständnis, dass eine Lieferung **nur gegen Vorkasse** erfolgen kann und zwar auf das

**Postbankkonto der “WASH”, Kto-Nr. 36 222 08 BLZ 20010020.**

Auf welche Weise Sie nur

**10 € pro Exemplar**

bezahlen:

Wenn wir die Kleinauflage beim Verlag bestellen, können wir mehrere Lieferadressen angeben, so dass Ihre Bestellungen, wenn sie bei uns rechtzeitig **vor dem 13. Februar** eingeht, direkt vom BoD-Lieferservice bedient werden kann. Für uns würden keine Versandkosten anfallen, eine Ersparnis, die wir gern an Sie weitergeben. In diesem Falle bezahlen Sie, unabhängig von der Bestellmenge, **10 € pro Exemplar**.

Bestellen Sie aber rechtzeitig, denn

**eine Lieferung erfolgt nur gegen Vorkasse**

Die bestellte Kleinauflage ist begrenzt. Wir geben das Buch nur zu Werbezwecken – also zeitlich begrenzt – zu günstigeren Konditionen an Sie weiter. Und natürlich immer nur gegen Vorkasse. Bedenken Sie dabei, dass eine Überweisung immer mehrere Werkzeuge unterwegs sein kann.

**Verwendungszweck auf der Überweisung:**

Bei jeder Überweisung müssen im Verwendungszweck

- Vorname, Name,
- PLZ,
- Kurzbezeichnung des Wohnortes, sowie die
- Anzahl der bestellten Exemplare

vermerkt sein. Beispiel für 5 bestellte Exemplare: “**Erika Muster 22761 HH 5**”.

Um eine reibungslose Bearbeitung Ihrer Bestellung zu gewährleisten, wäre es gut, wenn genau dieser Verwendungszweck auch in der Themen- oder Betreff-Zeile Ihrer E-Mail vermerkt ist.

## Was geschieht mit den Einnahmen?

und ein paar Bemerkungen zur politischen Situation

Unsere Leser können sicher sein, dass sämtliche Einnahmen aus diesem Buch ausschließlich in die politische Arbeit der WASH fließen. Wie diese aussehen wird, hängt u.a. auch von unseren finanziellen Möglichkeiten ab, nicht zuletzt vom Erfolg des Buches. Unabhängig davon werden wir in jedem Fall schon ab Frühjahr diesen Jahres eine Flugblattaktion finanzieren, die sich zeitlich bis zur nächsten Bürgerschaftswahl erstrecken soll, damit möglichst viele Hamburger schon mal etwas von der WASH gehört haben und, wenn Interesse besteht, sich über sie informieren können, möglichst unabhängig davon, ob die Medien sich für uns interessieren.

Auf die Medien werden wir uns nicht verlassen können, gebärden die sich in ihrer Arbeit doch zunehmend parasitär. Anstatt soziale Strukturen mit zu erzeugen, die den Bürger zugleich aufklären und aktivieren, begnügen sich damit, auf fahrende Züge aufzuspringen. Immer öfter nicht einmal mehr das, drehen sie sich doch mit dem, was sie sagen, lieber im Kreis, so in der Art "Im Westen nichts Neues". Sie sind entweder auf Sensationsmeldungen aus oder labern ziemlich einfallslos nur noch das Unvermeidliche vor sich hin. Sie finden es nicht problematisch, dass unsere Parteien seit 40 Jahren immer wieder dieselben finanz- und wirtschaftspolitischen Konzepte anwenden, um unsere Ökonomie sozialverträglich zu gestalten – mal mit mehr, mal mit weniger Keynes.

Und das, obwohl diese Konzepte mittlerweile durch die soziale und ökonomische Realität vollständig widerlegt sind. Wie öde, man weigert sich einfach, eingetretene Pfade zu verlassen, etwas, was wir im übrigen mit unserem Buch versuchen. Wir versuchen, das schlechte Gewissen der veröffentlichten Meinung zu sein; ihre professionellen Schreiberlinge kennen nur einen Weg, wenn alles nicht hilft: **mehr Druck ausüben auf Ausgegrenzte und Arme**. Ekelhaft.

“Die Linke” ist nicht besser, gar noch heuchlerischer. Lafontaine fordert zwar einen höheren Regelsatz für ALG2-Bezieher (435€). Doch das bringt nichts, wenn zugleich der Arbeitszwang nicht aufgehoben wird, wenn der Arbeitslose also Abzüge (bis hin zur vollständigen Streichung) befürchten muss, wenn er nicht jede Arbeit annimmt, die der Staat für zumutbar befindet. Auf diese Weise werden gesellschaftliche Konflikte “nach unten”, hin zu den Ausgegrenzten, verschoben, dorthin, wo sie am allerwenigsten gelöst werden können.

Und überhaupt, warum hat sich Oskar noch nie zum Problem des Arbeitszwangs geäußert? Wieso denkt er immer nur ans Geld? Ganz einfach: weil er sich einen Dreck für uns interessiert. Die anderen Parteien machen wenigstens keinen Hehl aus ihrem Desinteresse.

Zum Schluss möchte ich unseren Lesern ein Text von Edith Bartelmus-Scholich (siehe Anhang) ans Herz legen, ein kritischer Bericht über Jürgen Elsässers “Volksinitiative gegen das Finanzkapital”. Von meiner Seite nur so viel zu Elsässer: er biedert sich an; z.B. an Lafontaine, der, wie eben beschrieben, nicht nur unsozial denkt und handelt, sondern mir einfach zu schlicht in nationalstaatlichen Kategorien denkt.

Trotz der deprimierenden Aussichten möchte ich noch einmal allen Lesern danken, die sich bisher für uns interessiert haben und ihnen einen schönes und erfolgreiches Jahr wünschen.

Herzliche Grüße

Franz Witsch, Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)

## **C16 Erste Reaktionen**

Hamburg, 02.02.2009

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger,  
Unser Buch

### **Die Politisierung des Bürgers**

Zur Wahrnehmung und Produktion  
sozialer Strukturen

#### **Erster Teil**

Zum Begriff der Teilhabe

(ISBN 978-3-8370-4369-3)

hat erste Reaktionen hervorgebracht; es ist zu ersten Bestellungen gekommen sowohl über unseren Bürgerverteiler als auch über den Buchhandel. Über **Amazon.de** wird das Buch von 12 Buchhändlern auf Lager gehalten und angeboten. Wie die Händler auf das Buch gekommen sind, ist mir ein Rätsel. Sie sind es aber und darüber freue ich mich, auch über das Vertrauen, das man uns und dem Buch auf diese Weise entgegenbringt. Wir werden es hoffentlich nicht enttäuschen.

Diejenigen Leser, die es bei uns direkt zu günstigeren Konditionen bestellt haben (siehe Bürgerbrief **C15**), muss ich um Verständnis bitten, dass sie es über unsere Kleinauflagenbestellung erst in der letzten Februar-Woche bekommen können.

Es hat auch böse Kommentare gegeben, die sich allerdings weniger auf das Buch beziehen, vielmehr auf den das Buch begleitenden Bürgerbrief **C15** (siehe <http://www.film-und-politik.de/html>

[/c15-imbuwash.html](#)). Zwei Kommentare möchte ich hervorheben, von denen der zweite nicht bösartig, aber auch nicht sonderlich konstruktiv ist. Zunächst die bösartige Kritik; dort heißt es:

„Ich bitte Sie, mich aus Ihrem Verteiler zu nehmen.  
Im Gegensatz zu Ihrem Schwachsinn, den Sie

schreiben, lese ich lieber die hoch interessanten Analysen von Jürgen Elsässer. Ihren stümperischen Schwachsinn können Sie doch im Klo versenken. Übrigens sind mir Antideutsche, zu denen Sie sich wohl rechnen, absolut zuwider.“

Hmm, ich weiß gar nicht, wer oder was ein Antideutscher sein soll? Vielleicht einer, der für das uneingeschränkte Existenzrecht israelischer und palästinensischer Menschen ist? Hat unser Kommentator damit seine Probleme? Ich glaube, Jürgen Elsässer hat damit keine Probleme. Darum ging auch meine Kritik an ihm im Bürgerbrief **C15** gar nicht.

Wie dem auch sei, der zweite Kommentar nimmt etwas nachvollziehbarer Stellung zum Thema “Arbeitszwang durch Hartz-IV”; der Kritiker zitiert zunächst eine Stelle aus dem Bürgerbrief **C15**:

“Die Linke’ ist nicht besser, gar noch heuchlerischer. Lafontaine fordert zwar einen höheren Regelsatz für ALG2-Bezieher (435€). Doch das bringt nichts, wenn zugleich der Arbeitszwang nicht aufgehoben wird, wenn der Arbeitslose also Abzüge (bis hin zur vollständigen Streichung) befürchten muss, wenn er nicht jede Arbeit annimmt, die der Staat für zumutbar befindet.’ ...“,

um dieses Zitat mit Hilfe einer Aussage von Katja Kipping, stellv. Parteivorsitzende der Partei DIE LINKE, zu kritisieren:

“Dazu Katja Kipping: ‘Abschließend sei noch ein vierter Streitpunkt erwähnt: Arbeitszwang – ja oder nein? Die Fraktion hat sich für eine repressionsfreie Grundsicherung ausgesprochen. Soll heißen, die Zumutbarkeitskriterien werden wie folgt erweitert: Niemand soll zur Ausübung einer Beschäftigung gezwungen werden, die für ihn/sie kein Existenzsicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation nicht in Wert stellt, die zu hohe Ansprüche an die Flexibilität und die Fahrtzeiten bedeuten würde oder die gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstoßen würde.’

Bitte verschonen Sie mich künftig vor Ihren Mails.“

Nun, unter Androhung von Gewalt (Streichung von ALG2-Unterstützung) einen Arbeitslosen zu einer Arbeit zu zwingen, verletzt u.E. die Menschenwürde. Im Buch “Die Politisierung des Bürgers” versuchen wir zu begründen, warum wir “Zwang durch Gewaltandrohung” für verfassungswidrig halten.

Unabhängig davon möchte ich an den Kritiker zunächst die Frage stellen, warum er sich die Mühe macht, mir zu antworten, wenn er an einer Entgegnung kein Interesse hat und wegläuft? Wollte er sich mal eben – so im Vorbeigehen – abreagieren? Kann man verstehen, so etwas passiert zuweilen. Aber vielleicht hätte ich ihm ja zugestimmt – unvorhersehbar und wider jede Wahrscheinlichkeit? Dann hätte er sich freuen können. Doch das interessiert nicht. Allein dass “etwas” zur Sprache kommt, was nicht (ins Bild) passt, von einem unbedeutenden Bürger, den keiner kennt, macht unruhig, ist Sakrileg genug, um mit Kommunikationsverweigerung zu reagieren. Ich denke, der Kritiker macht den Eindruck, als würde ihn Kommunikation aus der Entfernung – über anonyme Texte – überfordern.

So weit das Formale, was es bedeutet, in einem Kontext zu kommunizieren, in denen Menschen sich nicht kennen. Nun zur Sache:

Katja Kipping geht auf das Problem des Arbeitszwanges nicht wirklich ein. Ihre Ausführungen sind mit “Arbeitszwang” (Hartz-IV) nicht nur vereinbar; sie setzen ihn sogar voraus: es werden nur die Zumutbarkeitskriterien erweitert, also Bedingungen definiert, die Arbeitszwang nicht nur erlauben, sondern zwingend voraussetzen; andernfalls wäre es völlig sinnlos, Zumutbarkeitskriterien zu definieren. Wir denken aber, der Arbeitslose muss sein Veto gegen eine ihm angebotene Arbeit einlegen können unabhängig von Zumutbarkeitsbestimmungen; auf die reagiert nämlich jeder Bürger anders. Was den einen krank macht, muss dem anderen gar nichts ausmachen; so ist das mit dem subjektiven

Faktor: man kann in das Herz eines Menschen nicht schauen, um zu befinden, wie ihm zumute ist; das wäre anmaßend.

Aber das “Unbegreifliche” im Subjekt interessiert “Die Linke” einen Dreck. Stattdessen versuchen sie das Unbegreifliche begreiflich zu machen, koste es, was es wolle. Das liegt in der Tradition der Arbeiterbewegung begründet, auf die sich die meisten Linken mächtig viel einbilden. Auch das versucht das Buch zu zeigen.

Nun, der subjektive Faktor ist im Buch zentral. Unsere theoretischen Bemühungen binden das Subjekt ein, und zwar unter der Bedingung, dass der Bürger sich als sozialer Sachverhalt – der Analyse zugänglich – versteht und verstanden wird – nicht vorauseilend, sondern grundsätzlich retrospektiv. Exakt das macht jeglichen Zwang, den das Subjekt nicht aus sich selbst heraus sich auferlegt, menschenverachtend. So etwas ist undemokratisch, mithin gegen Teilhabe gerichtet. Seine Meinung sagen zu können, ist zwar für eine Demokratie eine zwingende Voraussetzung, doch für sich allein genommen völlig belanglos.

Ich möchte es einmal so ausdrücken: es muss darum gehen, den Rücken des Bürgers gegenüber dem Staat zu stärken, um Druck auf den Staat auszuüben. Der Staat darf nicht über dem Bürger und seinen sozialen, bzw. gesellschaftlichen Strukturen stehen; vielmehr hat der Staat in den gesellschaftlichen Strukturen aufzugehen. Er darf den Bürger in seinen interaktiven Bemühungen, soziale und gesellschaftliche Strukturen zu generieren, nicht parasitär (von außen) dominieren; sondern der Staat muss sich als dienender Teil der Gesellschaft verstehen. Das ist mit Arbeitszwang über Gewaltandrohung nicht vereinbar.

Staat und Gesellschaft sind nicht unbedingt ein und dasselbe. Im Gegenteil, wenn Marx vom “Absterben des Staates” spricht, heißt das, dass dieser keine singulären Klientelinteressen (und damit eigene Interessen) gegen den gesellschaftlichen Körper geltend macht, mithin das soziale Wachstum nicht behindert, was heute ganz massiv der Fall ist. Der Staat muss also in der Gesell-

schaft komplett aufgehen, um nicht zu sagen: er löst sich im gesellschaftlichen Körper auf. Dies die Vision der WASH.

Zur Zeit ist der gesellschaftliche Körper nur Verfügungsmasse der Staates und seiner Angestellten, vor allem seiner üppig alimentierten Repräsentanten. Diese neigen dazu, ihre Interessen und die des Staates mit den sozialen und gesellschaftlichen Interessen zu identifizieren, so in der Art: der Staat sind wir alle, was auf eine Verhöhnung des Bürgers hinausläuft. Der ist immer politikverdrossener und glaubt an so einen Scheiß immer weniger.

Kurzum, es darf nicht darum gehen, was staatliche Behörden, sondern was der Bürger aus sich selbst heraus für “zumutbar” befindet, wenn ihm als Arbeitsloser eine Arbeit angeboten wird. Schließlich ist er es, der soziale und gesellschaftliche Strukturen hervorbringen muss und die bilden sich vor allem kommunikativ, wie wir schon in der Einleitung unseres Buches hervorgehoben haben:

“Der sprachliche Diskurs bildet – frei nach Jürgen Habermas – das Korsett in den sozialen Beziehungen. Voraussetzung dafür ist, dass sich das im inneren Monolog reflektierende Innenleben in die Intersubjektivität wirklicher Rede und Gegenrede ergießt.”

Wie und mit welcher Arbeit der Bürger soziale Strukturen hervorbringt, darüber hat der Staat nicht zu befinden. Wir kämen um bürokratieträchtige (Zumutbarkeits-)Überprüfungen nicht herum. Nun, die “Die Linke” ist von ihrer Tradition her sehr misstrauisch gegenüber der Bürgerkreativität, alles andere als bürgernah, vielmehr staatstragend, ja obrigkeitshörig; daher hat sie gegenüber menschenverachtenden Bürokratien nichts einzuwenden; in einem “Mehr an Staat” – nicht in einem “Mehr an Gesellschaftlichkeit” – erblicken “Die Linken” ihren Daseinsgrund, schon weil sie sich mithilfe ihrer Politik am Staat schadlos halten möchten, ekelhaft: Staat und Politik als Geschäft. Damit das klappt, bedarf es entsprechender bürokratischer Aufgaben als Substitut für kreative Arbeiten, die vor allem im sozial-kulturellen Infrastruk-

turbereich zu definieren und zu finanzieren wären. “Die Linke” ist aber keine Partei, in der das Soziale und die Kultur hoch im Kurs stünden.

Unser Buch “Die Politisierung des Bürgers” zeigt besonders im letzten Kapitel, das den Roman “Auf der Suche nach der verlorenen Zeit” von Marcel Proust zum Thema hat, dass die Linke (wie alle anderen Parteien auch) sich nicht sonderlich für Kultur, und somit nicht für den Bürger interessiert. Das lässt sich vor allem in Berlin anhand der rot-roten Landesregierung und ihrer unsozialen Politik beobachten. Kurz, die Linken haben sich mit Hartz-IV und dem Arbeitszwang schon lange angefreundet. Den gibt es nur deshalb, weil wir viel zu wenig Arbeitsplätze haben.

Nun zum ersten Kommentar: sein Autor möchte sich abreagieren – am Hassobjekt. Ich möchte so etwas eigentlich nicht böse nennen, sondern krank. Wir erinnern uns: sich an Hassobjekten abzureagieren, wurde mit Hitler und Stalin zur Staatsdoktrin erhoben, sozusagen zur ersten Bürgerpflicht erklärt. Erste Anfänge beobachten wir auch heute zunehmend nicht nur unter Rechtsradikalen, in einer Zeit, in der es schon lange nicht mehr genug, vielmehr immer weniger Arbeitsplätze für alle gibt. Nun, und für die um sich greifende soziale Misere braucht man Schuldige und findet sie heute z.B. in Sozialschmarotzern, die zumutbare, bzw. repressionsfreie Arbeit nicht annehmen.

Um Missverständnisse zu vermeiden: wir sind nicht gegen höhere ALG2-Regelsätze, im Gegenteil, wir freuen uns riesig über die Gerichtsurteile, die die Regelsätze zum Teil für verfassungswidrig erklären. Wir sagen nur: eine Politik, die sich damit begnügt, an Regelsätzen herumzuschrauben, bringt auf Dauer nicht viel, im Gegenteil, sie streut dem Bürger Sand in die Augen. Die Enttäuschung ist in dem Augenblick vorprogrammiert, wo die nächste Wirtschaftskrise noch mehr Arbeitsplätze abbaut und dadurch den Sozialstaat noch weiter zurückführt, immer wieder, bis am Ende nichts mehr von ihm übrig bleibt.

Herzliche Grüße

Franz Witsch, Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)